

# IM Joachim Guilliard TREIBSAND IRAKS

## Von „Auftrag erfüllt“ zur unerfüllbaren Mission?



### EIN ÜBERBLICK über die Besatzungspolitik der USA und den Widerstand dagegen

# Inhalt

<b>Mission erfüllt? – Hilfsorganisationen ziehen eine bittere Bilanz</b>	<b>3</b>
<b>Die ursprünglichen Nachkriegspläne Washingtons</b>	<b>4</b>
Auflösung des irakischen Staates	4
„Demokratiepromotion“	5
Irak im Ausverkauf – ein „kapitalistischer Traum“	6
Der Multi-Milliardenraub	7
„Nation building“	9
Das Irak-Bild Washingtons	9
Irakische Fassade für die US-Herrschaft	9
Das Scheitern von „Plan A“	9
<b>Plan B – das „Novemberabkommen“</b>	<b>11</b>
Forderung nach allgemeinen Wahlen	11
Übergangsverfassung	12
Novemberplan in Trümmern	14
Die UNO kommt zu Hilfe	16
Die „Übergangsregierung“ – „Souveränität“ per Definition	16
Legitimierung durch den UN-Sicherheitsrat – die Resolution 1546	18
<b>„Souveränität“ mit vorgehaltener Pistole – der „Übergangsprozess“ in der Praxis</b>	<b>21</b>
„Die Iraker haben diese Lüge schon einmal erlebt“	21
Restrukturierung der Besatzung	23
Geheimpolizei und Todesschwadrone – der Beginn eines schmutzigen Krieges	23
Gefährliche Verbindung: Israels Agenda und der kurdische Separatismus	24
Die irakische Gegenwehr	25
<b>„Mission impossible“ – unerfüllbarer Auftrag?</b>	<b>28</b>

---

Der Autor lebt in Heidelberg, studierte Physik und ist als Statistiker und Softwareingenieur tätig. Er ist Verfasser zahlreicher Fachartikel zum Thema Irak und Mitherausgeber bzw. -autor mehrerer Bücher.

Neueste Buchveröffentlichung: Göbel/Guilliard/Schiffmann (Hg): *Der Irak – Krieg, Besetzung, Widerstand* (Köln, PapyRossa Verlag, 2004), ISBN 3-89438-270-8. Preis 15,80 Euro  
(<http://www.papyrossa.de/irakkrieg.htm> )

# Im Treibsand Iraks

## Von „Auftrag erfüllt“ zur unerfüllbaren Mission?

Ein Überblick über die Besatzungspolitik der USA und den Widerstand dagegen

Am 28. Juni 2004 endete offiziell die Besatzung des Irak. Eine Interimsregierung wurde eingesetzt und ein Übergangsprozess definiert, der innerhalb von 18 Monaten zu einer gewählten, auf einer neuen Verfassung basierenden Regierung führen soll. Mit Resolution 1546 akzeptierte der UN-Sicherheitsrat dieses Vorgehen. Damit scheinen die USA auf dem Weg des Erfolges und die Ablösung des in Ungnade gefallen Regimes Saddam Husseins durch ein US-freundliches Regime beinahe abgeschlossen. Doch die Realität sieht anders aus. Die US-Strategen sahen sich seit Beginn der Besatzung immer wieder gezwungen, ihre ehrgeizigen Pläne durch taktische Rückzüge an die widerspenstige irakische Realität anzupassen. Auch der nun definierte Übergangsprozess entsprach nicht den ursprünglichen Plänen der US-Regierung, sondern war ihr durch die Verhältnisse aufgezwungen worden. Sein Erfolg ist äußerst fraglich. Die USA werden auch weiterhin die Kontrolle über das Land nur unter Einsatz von brutaler Repression und militärischer Gewalt gegen einen weiter wachsenden Widerstand aufrechterhalten können. Die Entwicklung geht nicht in Richtung Souveränität und Demokratie, sondern hin zu einer US-hörigen kolonialen Diktatur, die erst dann enden wird, wenn die USA zum Rückzug aus dem Land gezwungen werden.

### **Mission erfüllt? – Hilfsorganisationen ziehen eine bittere Bilanz**

Am 1. Mai 2003 hatte Präsident George W. Bush seinen großen Auftritt. Er landete vor laufender Kamera bei untergehender Sonne auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln und erklärte die Kampfhandlungen im Irak für weitgehend beendet. „Mission accomplished – Mission erfüllt“ stand auf dem riesigen Transparent im Hintergrund. Ein Jahr später fielen monatlich mehr US-Soldaten im Kampf als während der gesamten Invasion. Immer offener wurde auch in den USA über eine drohende strategische Niederlage im Zweistromland gesprochen.

Obwohl der Präsident in seiner Rede zum ersten Jahrestag des Kriegsbeginns einräumen musste, „auf irakischem Boden vor ernsthaften und andauernden Herausforderungen“ zu stehen, verteidigte er sein Unternehmen als Erfolg. Für den Irak sei der Einmarsch der Koalitionstruppen ein Tag der Befreiung gewesen, so US-Präsident Bush und auch für den Nahen Osten ein Wendepunkt, da Männer und Frauen dort, „wenn sie auf den Irak schauen, einen Eindruck davon bekommen, wie das Leben in einem freien Land aussehen kann.“<sup>1</sup>

Unabhängige Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen, zogen eine wesentlich bitterere Bilanz. „Die Not der einfachen Iraker ist größer denn je“ meldete die Hilfsorganisation *Caritas International* am 18. März

2004 in einer Presseinformation.<sup>2</sup> Sie bestätigte die Untersuchungsergebnisse einer Studie von *MedAct*, der britischen Sektion der *Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW)*, die bereits im November festgestellt hatte, dass die Lebensbedingungen sich in allen Bereichen gegenüber der Vorkriegszeit verschlechtert hatten. Und diese waren bekanntlich aufgrund des Embargos bereits katastrophal gewesen.<sup>3</sup>

In der weltweiten Lebensqualitäts-Studie der international renommierten Unternehmensberatungsfirma *Mercer Human Resource Consulting* war Bagdad auf den letzten Platz gefallen. Nach der, auf Basis verschiedener sozialer und wirtschaftlicher Indikatoren vorgenommenen, regelmäßigen Bewertung der Lebensqualität in den Großstädten der Welt, fiel Bagdad von 30,5 Punkte im Jahr 2003 auf 14,5 Punkte und damit hinter Bangui in der Zentralafrikanischen Republik (28,5), Brazzaville und Pointe Noire im Kongo (29,5 bzw. 33,5). Verantwortlich hierfür wurde vor allem fehlende Sicherheit und Ordnung im Alltag sowie die miserable Infrastruktur gemacht.<sup>4</sup>

„Sterben wegen Vernachlässigung“ überschrieb der britische *Independent* zehn Monate nach Bushs triumphalen Auftritt auf dem Flugzeugträger, einen Bericht über den schockierenden Zustand der Kinder-

<sup>1</sup> Rede Präsident Bushs zum 1. Jahrestag, dt. Übersetzung: <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/jahrestag-bush.html>

<sup>2</sup> *Caritas International*: [www.caritas-international.de](http://www.caritas-international.de), siehe auch, Karl A. Ammann (Koordinator der Caritas-Hilfe im Irak): „Der schleichende Krieg“, *Frankfurter Rundschau*, 15.03.2004

<sup>3</sup> *MedAct* Studie: „Continuing collateral damage – the health and environmental costs of war on Iraq 2003“, (<http://www.ippnw.de/presse/2003/031111IrakBilanz.htm>)

<sup>4</sup> „World-wide quality of life survey“, London, 1.3.2004 <http://www.mercerhr.com/pressrelease/details.jhtml/dynamic/idContent/1128760>

krankenhäuser in Bagdad. Die vorgefunden sanitären Bedingungen waren verheerend: die Krankenstationen waren verschmutzt, Dreckwasser tropfte aus Abwasserrohren über den Bettchen der Frühgeborenen. Es fehlten nicht nur Medikamente und Verbandsmaterial, sondern auch Desinfektionsmittel, oft sogar einfache Seife.<sup>5</sup> Zu den mangelnden Behandlungsmöglichkeiten kommen dadurch Epidemien und gegenseitige Ansteckungen. Hunderte sterben monatlich aufgrund dieser Bedingungen, für die anderen wird der Klinikaufenthalt zur endlosen Qual.

Auch Amnesty International (AI) brachte zum Jahrestag einen Bericht über das von Bush gepriesene „Leben in einem freien Land“ heraus. Die Menschenrechtsorganisation überschrieb ihn mit: „Ein Jahr danach – die Menschrechtssituation ist weiterhin entsetzlich.“ Sie kritisiert u.a. die unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt, willkürliche Gefangennahmen und fürchterliche Haftbedingungen bis hin zur Folter. Jeden Tag, so der Bericht, sähen sich die Iraker der Bedrohung ihres Lebens ausgesetzt, der ständigen Gewalt durch die Besatzungsmacht und bewaffnete Gruppen sowie Gewaltkriminalität, insbesondere gegen Frauen. Es werden zwar auch einige positive Entwicklungen genannt, wie die größere Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die sich in der Entstehung Dutzender Parteien und NGOs und mehr als 80 Zeitungen ausdrückt. Doch gelten diese Freiheiten, wie das häufige restriktive Vorgehen gegen unbequeme Medien zeigt, nur bedingt. Vor allem aber wiege dies wenig, so AI, angesichts der mangelnden Sicherheit und den Konsequenzen einer zerstörten Infrastruktur.

Schon lange berichteten Iraker, AI und andere Menschenrechtsorganisationen über Folter in den vom britischen und US-amerikanischen Militär geführten Lagern und Gefängnissen. Sie wurden lange Zeit von den Medien geflissentlich ignoriert. Erst als in größerem Maße Bilder von Folter und Misshandlungen an die Öffentlichkeit gelangten, wurden die Zustände im Irak zu einem internationalen Skandal der die Glaubwürdigkeit der Besatzungspolitik ernsthaft erschütterte.

Eine ähnlich breite Aufklärung steht bei anderen Verbrechen der Besatzungsmächte noch aus. Das US-amerikanische *Center for Economic and Social Rights* (CESR) legte im Juni 2004 erstmals eine umfassende Zusammenfassung der vielfältigen Verstöße gegen internationales Recht durch die Besatzungsmächte vor. In seinem Bericht „Jenseits der Folter – Verstöße der USA gegen das Besatzungsrecht“ weist CESR explizit auf ihren systematischen Charakter hin und unterteilt sie in zehn Kategorien: von Verletzungen des humanitären Völkerrechts, verbindlicher UN-Konventionen, der UN-Charta bis hin zur Missach-

tung der allgemeinen Menschenrechte. Hierzu zählen die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts, die Verweigerung des Schutzes des Rechts auf Leben und Gesundheit, die ungenügende Bereitstellung lebensnotwendiger Dienste, Nahrung und Bildung, die Angriffe auf die Zivilbevölkerung, die Anwendung von Kollektivstrafen, die willkürlichen Festnahmen, Demütigungen und Folter und schließlich auch die grundlegenden Änderungen der ökonomischen Struktur des Landes, sowie die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Erwerbsmöglichkeiten.<sup>6</sup>

Trotz dieser Fakten, wird die Besatzung auch von den Staaten nicht in Frage gestellt, die den Irak-Krieg als ungerechtfertigt kritisiert hatten. Kritisiert wird im Wesentlichen nur die miserable Durchführung und das angebliche „Fehlen konkreter Pläne“ der Bush-Administration für die Nachkriegszeit.

## **Die ursprünglichen Nachkriegs-pläne Washingtons**

### **Auflösung des irakischen Staates**

Der Eindruck, die US-Truppen wären ohne ausgearbeitete Pläne für die Zeit danach einmarschiert, drängt sich zwar auf, ist aber nicht richtig. Wenn diese auch offensichtlich sehr hemdsärmelig und ungeschickt umgesetzt wurden, so waren sie doch von langer Hand vorbereitet worden. Die aktuelle Misere im Irak ist überwiegend die logische Konsequenz der im Vorfeld ausgearbeiteten US-Strategie für den Irak, die zusammengefasst folgendes vorsah: (a) völlige Auflösung des alten Staates und Umwandlung in einen föderal gegliederten, entmilitarisierten Bundesstaat mit einer möglichst schwachen Zentralregierung, (b) dauerhafte Stationierung einer großen Streitmacht im Irak und damit im Zentrum der arabischen Welt, (c) Umwandlung der irakischen Wirtschaft in ein radikal neoliberales Modell einer freien Marktwirtschaft und schließlich (d) Etablierung einer pro-amerikanischen Regierung unter Vormundschaft der USA.

Es gehe bei den Nachkriegsplänen nicht nur um „selektive Reformen im Irak, sondern praktisch um eine Neudefinition der Nation – ökonomisch, sozial und politisch“, so Carl Conetta vom US-amerikanischen *Project on Defense Alternatives*<sup>7</sup> Irak sollte nach dem Willen der Bush-Administration als Beispiel und vor allem als Hebel für ihr Projekt „Greater Middle East Initiative“ dienen, das sich die Transformation der arabischen und islamischen Staaten von Nordafrika bis zum kaspischen Meer in bürgerlich-demokratische, neoliberale Marktwirtschaften zum Ziel setzt.

<sup>5</sup> „Dying of neglect: the state of Iraq's children's hospitals“, *The Independent*, 21.2.2004

<sup>6</sup> „Beyond Torture – U.S. Violations of Occupation Law in Iraq“, CESR, Juni 2004, <http://www.cesr.org/beyondtorture.htm>

<sup>7</sup> Carl Conetta, „Radical Departure: Toward A Practical Peace in Iraq“, *Project on Defense Alternatives*, Briefing Report #16, 7.7.2004, <http://www.comw.org/pda/0407br16.html>

Das unmittelbare Kriegsziel war der Sturz der irakischen Regierung gewesen. Dabei ging es aber nicht um eine bloße Übernahme der Macht. Im Stil einer klassischen Eroberung sollte die alte Staatsführung physisch ausgeschaltet und der bestehende Staat als solcher weitgehend aufgelöst werden. In diesem Zusammenhang müssen die Plünderungen und systematische Brandschatzungen nach dem Zusammenbruch des alten Regimes gesehen werden, die von den Invasoren nicht behindert, sondern vielen Berichten zufolge offenbar gezielt gefördert wurden. Nur das Ölministerium und die Anlagen der irakischen Ölindustrie wurden geschützt, während ein großer Teil des kulturellen Erbes und die meisten staatlichen Einrichtungen den Zerstörungen zum Opfer fielen.<sup>8</sup> Diese systematischen Zerstörungen machten den Weg frei für eine völlige Neuordnung des Irak gemäß US-amerikanischen Vorstellungen und Interessen. Armee und Sicherheitskräfte wurden aufgelöst und die meisten Funktionäre aus den staatlichen Stellen entlassen. Über eine viertel Million Iraker wurden so erwerbslos.<sup>9</sup> Da keine Alternativen bereit standen, brach mit der vollständigen Auflösung der staatlichen Institutionen völlig vorhersehbar auch jegliche gesellschaftliche Ordnung zusammen. Wurden die Sicherheitsdienste zuvor auch gefürchtet und gehasst, so war die Armee stets weithin respektiert gewesen und die Polizei professionell und imstande die allgemeine Kriminalität unter Kontrolle zu halten.

### „Demokratiepromotion“

Gestützt auf ihre irakischen Verbündeten wollte Washington mit Hilfe von Programmen zur „Demokratieförderung“ aus den Trümmern des alten Staates eine neue irakische Gesellschaft aufbauen. Solche Programme, wie sie bereits in Ländern wie Jugoslawien oder Haiti erprobt wurden, gehören zur allgemeinen außenpolitischen Strategie der USA für die Erweiterung ihrer weltweiten Hegemonie.<sup>10</sup>

Speziell für den Irak sahen die Pläne zum einen vor, eine neoliberal orientierte Führungsschicht zu etablieren, die Washingtons Ziel, den Irak auf abhängige Weise in das globale kapitalistische System zu integ-

rieren, aus eigenem wirtschaftlichen Interesse teilt und den Staat unter der Vormundschaft der USA verwalten kann. Zweitens sollten die Kräfte isoliert werden, die sich den US-Plänen aktiv widersetzen und drittens eine politisch-ideologische Hegemonie der pro-westlichen Eliten über die breite Masse der Bevölkerung etabliert werden, um zu verhindern, dass sie sich unabhängig politisiert und organisiert.

Den Kern einer neuen pro-amerikanischen Mittelschicht sollten die Teile der Bevölkerung bilden, die rasch und unmittelbar von den neuen Verhältnissen profitieren: Dazu zählen irakische Unternehmer, die für US-Firmen arbeiten dürfen, aber auch Arbeiter und Angestellte in relativ gut bezahlten Stellungen bei der Besatzungsmacht oder ausländischen Unternehmen.

Hinzu kommt auch eine große Zahl von Kriegsgewinnlern: Neben risikofreudigen Händlern aus den Nachbarländern machen vor allem Exiliraker mit Kapital und Beziehungen auch unter den aktuellen Verhältnissen glänzende Geschäfte. Würde sich die Lage beruhigen, könnten sich einer bedeutenderen Zahl irakischer Unternehmer aus dem In- und Ausland profitable Möglichkeiten erschließen. Kein Zufall also, dass vor allem exilirakische Geschäftsleute sich sehr gut mit den wirtschaftlichen Plänen der USA und deren fortgesetzten militärischen Präsenz im Lande anfreunden können, während sie die irakische Widerstandsbewegung hingegen als unmittelbare Bedrohung ihrer Interessen im Irak ansehen.

Weitere Ansatzpunkte bestehen darin, einflussreiche lokale Führungspersonlichkeiten zur Mitarbeit zu bewegen. Es gehe, wie Fareed Zakaria, Redakteur der internationalen Ausgabe der US-amerikanischen Wochenzeitung *Newsweek* es formulierte, darum, Stammesführer „zu bestechen, zu umschmeicheln und an der Führung zu beteiligen.“ Auch niederrangige baathistische und sonstige regionale Führer sollten eifrig umworben werden, Geld sollte schleunigst in irakische Hände zu fließen beginnen.<sup>11</sup>

Sofort nach der Invasion wurde mit dem Aufbau eines Netzes von Organisationen begonnen, die subtil auf die Bevölkerung einwirken können: politische Parteien, Gewerkschaften, Berufsvereinigungen, Medienprojekte, Studentengruppen, Bauernverbände usw.. Für diese Arbeit stehen den USA eine große Zahl erfahrener staatlicher Institutionen, wie die US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) und nichtstaatlicher Organisationen, wie die National Endowment for Democracy (NED), sowie eine Vielzahl von Gruppen in Drittländern zur Verfügung.<sup>12</sup> Der US-amerikanische Gewerkschaftsdachverband „American Federation of Labor“ (AFL-CIO) beispielsweise erhielt 15 Millionen US-Dollar, um eine pro-amerikanische Gewerkschaft im Irak zu gründen, die das Aufkommen unabhängiger Organisationen

<sup>8</sup> Siehe J. Guilliard, „Die Kolonisierung des Iraks im Geiste der Conquista“, *junge Welt* v. 5/6.5.2003

<sup>9</sup> Walden Bello, „Falluja and the Forging of the New Iraq“, *Focus on the Global South*, 18-Apr-2004

<sup>10</sup> William I. Robinson, „What to expect from U.S. ‚Democracy Promotion‘ in Iraq“, University of California, 30.3.2004

<http://www.focusweb.org/index.php?option=news&task=viewarticle&sid=167>; Solche Programme sind auch Teil eines größeren, von Washington 2003 angekündigten „4-Schritte“-Plans für den gesamten Nahen und Mittleren Osten, wofür der besetzte Irak als Ausgangspunkt dienen soll: 1. Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. 2. „Partnerschaft des Mittleren Ostens“ zum Aufbau einer „Zivilgesellschaft“ in der Region. 3. Verstärkte Integration der Region in die Weltwirtschaft durch Liberalisierung und Strukturanpassungen. 4. Verhinderung der Entstehung regionaler militärischer Herausforderungen für die US-amerikanische Vorherrschaft im Mittleren Osten.

<sup>11</sup> Walden Bello a.a.O.

<sup>12</sup> ebd.

von Arbeitern und Arbeitslosen verhindern soll.<sup>13</sup> Insgesamt betrug 2003 das Budget für diese Programme 458 Millionen US-Dollar.

Parallel zu diesen Bemühungen, die vom Außenministeriums initiiert werden, betreibt das Pentagon seine eigenen Programme, wie das mit 200 Millionen US-Dollar gesponserte „Irakische Medien Netzwerk“, das mehrere Propagandasender und die Fernsehstation „Arabija“ umfasst. Diese Medienarbeit wird von einem Spezialstab für psychologische Kriegsführung betreut. Einfluss soll im übrigen nicht nur auf die öffentliche Meinung im Irak genommen werden, sondern auch in anderen wichtigen Ländern, wie Deutschland oder Frankreich.

Diskrete Hilfe bei der Überzeugungsarbeit im Irak gibt es auch aus Berlin. Zu Beginn des Sommers 2004 ging im Irak ein vom Auswärtigen Amt finanziertes UKW-Programm auf Sendung. Es richtet sich an die irakischen Eliten, „Akademiker, Existenzgründer oder Kulturschaffende“ und soll ihnen die Vorzüge westlicher Demokratien und Wirtschaftsweisen vermitteln. Projektträger der Medienarbeit im Irak ist die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung. Erstellt werden die Sendungen vom Rundfunk Berlin-Brandenburg, die Sendetechnik in Bagdad untersteht der US-amerikanischen Besatzungsmacht.<sup>14</sup>

### **Irak im Ausverkauf – ein „kapitalistischer Traum“**

Am detailliertesten waren vor dem Krieg die Pläne zur ökonomischen Umgestaltung des Iraks ausgearbeitet worden. In einem hundertseitigen Papier des US State Department, mit dem Titel „Wandlung der irakischen Ökonomie vom Wiederaufbau zu nachhaltigem Wachstum“ wird u.a. exakt beschrieben, wie der Banksektor übernommen werden soll oder wie die irakischen Gesetze zu ändern sind, inklusive genauer Formulierungen der zukünftigen Steuergesetze und Copyright-Bestimmungen. Sogar an den Entwurf eines Antrags auf Iraks Mitgliedschaft in der WTO wurde gedacht.<sup>15</sup> Es geht der US-Administration und den hinter ihr stehenden Konzernen nicht nur um die Aneignung der Ölressourcen, sondern auch um Gesundheitsdienste, Wasser, Elektrizität, Transport, Erziehung und Telekommunikation. Alle staatlichen Betriebe und Einrichtungen, einschließlich die der Grundversorgung, sollen privatisiert, d.h. an ausländische Konzerne übergeben werden.<sup>16</sup>

Vieles aus dem Papier des State Departments wurde

bald durch Dutzende von Erlassen der Besatzungsbehörde Gesetz.<sup>17</sup> Ein „kapitalistischer Traum“ schwärmte das britische Wirtschaftsblatt *The Economist* im September 2003 über die von der Besatzungsbehörde aufgebauten neuen Wirtschaftsstrukturen,<sup>18</sup> nachdem auf diese Weise das irakische Wirtschaftssystem von Grund auf umgekrempelt worden war: Steuern wurden 2003 nicht mehr erhoben und ab 2004 auf maximal 15 Prozent begrenzt, die Einfuhrzölle wurden völlig abgeschafft und der Geld- und Finanzmarkt umgemodelt. Nachdem drei Jahrzehnte lang die wichtigsten wirtschaftlichen Bereiche nationalisiert waren, wurde das Land nun in eine einzige große Freihandelszone verwandelt.<sup>19</sup> Den „Wiederaufbau“ des Wassersektors hat sich sofort die *Bechtel Corporation*, eines der weltweit größten Wasserprivatisierungsunternehmen mit Sitz in San Francisco unter den Nagel gerissen.<sup>20</sup>

Die einschneidendste Maßnahme war die faktische Aufgabe jeglicher Regulierung ausländischer Investitionen. Mit dem Erlass Nr. 39 vom 19. September 2003 wurden auf einen Schlag alle bisherigen Investitionsgesetze außer Kraft gesetzt und die gesamte Wirtschaft des Landes, mit Ausnahme des Rohstoffsektors der weiterhin einem US-geführten Fonds unterstellt blieb, für ausländische Unternehmen geöffnet. Wer ein Geschäft im Land etablieren will, braucht seither weder behördliche Genehmigungen noch örtliche Partner. Auch entfällt die Verpflichtung, Gewinne im Land zu reinvestieren. Der Erlass, der weder Kontrollmechanismen noch eine Aufsichtsbehörde für ausländische Investitionen vor-

<sup>17</sup> Eine Übersicht über alle Erlasse (Orders) befindet sich auf der Internetseite der Besatzungsbehörde CPA,

<http://www.iraqcoalition.org/regulations>. Hier findet man z.B. auch unter „Order 83“ einen zehnteiligen Anhang zum Copy Right Gesetz mit dem das alte irakische Gesetz von 1971 den „aktuellen internationalen Schutzstandards“ angepasst und die „modernen Standards der WTO in irakisches Recht eingeführt“ werden.

<sup>18</sup> „Let's All Go to the Yard Sale,” *Economist*, 25.9.2003

<sup>19</sup> *Der US-Konzern BearingPoint Inc. erhielt einen Vertrag über 250 Millionen US-Dollar, um diese Umwandlung zu erleichtern. Der Vertrag fordert ein klares Verständnis dafür, dass die ganzen Anstrengungen dafür gedacht sind, „den grundlegenden juristischen Rahmen für eine funktionierende Marktwirtschaft zu schaffen, indem aus der einzigartigen Möglichkeit die die gegenwärtigen politischen Umstände für einen raschen Fortschritt in diesem Bereich bieten, angemessen Kapital geschlagen wird.“ Weitere Maßnahmen, die im Vertrag mit BearingPoint skizziert werden, beinhalten die faktische Beendigung des Nahrungshilfeprogramms und die „Wiederherstellung“ der vollen Eigentumsrechte über Agrarland und Immobilien. Die bisherigen irakischen Gesetze garantierten subventioniertes Wohnen, billige Energie und freie Nahrungsversorgung.* (Antonia Juhasz, „The Economic Colonization of Iraq: Illegal and Immoral,” *World Tribunal on Iraq*, 8.5.2004. [http://www.worldtribunal-nyc.org/Document/Case\\_3\\_Juhasz.pdf](http://www.worldtribunal-nyc.org/Document/Case_3_Juhasz.pdf))

<sup>20</sup> Bechtel hat mit fast 3 Milliarden US-Dollar nach Halliburton den zweitgrößten Anteil der „Wiederaufbaugelder“ eingesteckt. Bechtels Verträge umfassen die Reparatur der Trinkwasser- und Stromversorgung, der Abwassersysteme, Krankenhäuser und Schulen, s. Antonia Juhasz a.a.O.

<sup>13</sup> Sabah Alnasseri, „Ein Land zerfällt“, *analyse & kritik* 484, 19.5.2004

<sup>14</sup> [www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com), 2.7.2004, <http://www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1088719200.php>

<sup>15</sup> siehe J. Guilliard, „Irak – Die neue Phase des Krieges“, IMI-Studie 2003/05 der *Informationsstelle Militarisierung* ([www.imi-online.de](http://www.imi-online.de))

<sup>16</sup> ebd.

sieht, gewährt ausländischen Banken und Konzernen Freiheiten, wie sie in kaum einem anderen Land anzutreffen sind. Nahezu alle einheimischen Wirtschaftsexperten, wie der Chef der Commercial Bank of Iraq, Mohammad Dragh, lehnten das gesamte Programm vehement ab. Doch die Iraker wurden nicht gefragt.<sup>21</sup>

Der „Erlass 39“ ließ kaum Wünsche in den Chefetagen der Multis offen. Moniert wurden allenfalls Details, wie die Bestimmung, dass die „Buchhaltung der irakischen Unternehmen in arabischer Sprache abzufassen ist.“<sup>22</sup> Groß war daher zunächst die Euphorie in diesen Kreisen. „Von Aufträgen in kolossaler Höhe war die Rede, vom gigantischen Wirtschaftspotenzial des zweitgrößten Erdölproduzenten der Welt. Man sprach von Jahrhundertverträgen, von einem neuen Goldrausch, einem Eldorado des freien Unternehmertums. Der Irak werde sich zum ersten ‚Tiger‘ der islamischen Welt entwickeln und den übrigen muslimischen Ländern mit leuchtendem Beispiel vorangehen.“<sup>23</sup>

Völkerrechtlich gesehen, stellt sich die Besatzungsbehörde mit ihren Maßnahmen allerdings außerhalb des internationalen Rechts. Dieses schreibt Besatzungsmächten verbindlich vor, die vorhandenen Gesetze und gesellschaftlichen Strukturen zu respektieren und die Wirtschaft treuhändlerisch zu verwalten, bis eine neue souveräne Regierung im Amt ist.<sup>24</sup>

Das ist in Washington und London durchaus bekannt. So hatte kein geringerer als der britische Generalstaatsanwalt Lord Goldsmith am 26. März 2003 seinen Premierminister ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die „Verordnung größerer Strukturereformen gegen internationales Recht verstößt.“ Er verwies auf Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung, wonach die Besatzungsmächte, „alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen“ haben, „um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.“<sup>25</sup>

### Der Multi-Milliardenraub

Innerhalb eines Jahres wurden von der Besatzungsbehörde viele Milliarden Dollar für „Wiederaufbauprogramme“ im Irak ausgegeben. In erster Linie handelte es sich dabei um irakisches Geld aus dem „Entwicklungsfonds für den Irak“ (Development Fund for Iraq, DFI), der im Mai 2003 geschaffen und von der UN-Resolution 1483 abgesegnet worden war. In diesen Fonds flossen u.a. die Guthaben aus

dem Oil-for-Food-Programm (8,1 Mrd. US-Dollar), das beschlagnahmte irakische Vermögen und die Einnahmen aus Ölverkäufen – bis Juni 2004 insgesamt mehr als 20 Milliarden US-Dollar.<sup>26</sup>

Diese riesigen Summen sollten an sich in „transparenter Weise“ zur „Deckung des humanitären Bedarfs“ der irakischen Bevölkerung und für die „Instandsetzung der Infrastruktur“ ausgegeben werden, kontrolliert durch einen „Internationalen Überwachungsbeirat“ (International Advisory and Monitoring Board, IAMB), bestehend aus Vertretern der UNO, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und dem Arabischen Fonds für Ökonomische und Soziale Entwicklung. Der Chef der Besatzungsbehörde im Irak, Paul Bremer, schaffte es aber, das Zusammentreten dieses Rates monatelang zu verzögern, so dass dieser erst im März 2004 einen ersten Blick in die Bücher werfen konnte und auch da nur summarische Informationen erhielt.<sup>27</sup>

In der Praxis konnte die Besatzungsbehörde nach Gutdünken über den Fonds verfügen und mit seiner Hilfe auch die Restriktionen, die der US-Kongress mit den von ihm bewilligten Geldern verknüpfte, umgehen – der Fonds wurde zur gigantischen Schwarzgeldkasse des US-Statthalters. Obwohl der Kongress für die 18,7 Milliarden US-Dollar aus dem US-Haushalt eine Vergabe von größeren Aufträgen ohne Ausschreibung strikt untersagt hatte und die Verwendung der Gelder streng kontrolliert wurde, konnten so Bechtel, Halliburton und die anderen US-Konzerne, die eng mit der US-Administration verbunden sind, weiterhin direkt bedient werden.<sup>28</sup> Milliarden verschwanden so in ihren Taschen ohne sichtbaren Nutzen für die Iraker.

Der lasche Umgang mit dem irakischen Geld wurde Mitte Juli auch vom oben genannten Überwachungsbeirat IAMB beanstandet, nachdem er glücklich die ersten Prüfungen durchführen konnte. Seinem Bericht zufolge konnte die Besatzungsbehörde (Coalition Provisional Authority, CPA) zum Zeitpunkt ihrer Auflösung keine genaue Rechenschaft über die bis dahin aus dem Entwicklungsfonds ausgegebenen

<sup>26</sup> Eine grobe tabellarische Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben bietet die CPA unter [http://www.cpa-iraq.org/budget/DFI\\_26jun2004.xls](http://www.cpa-iraq.org/budget/DFI_26jun2004.xls)

<sup>27</sup> „Fuelling suspicion: the coalition and Iraq's oil billions“, *Christian Aid*, <http://www.christian-aid.org.uk/news/media/pressrel/040627.htm>

<sup>28</sup> Siehe Andrew Cockburn, „Raiding Iraq's Piggy Bank“, *Salon.com*, 17.5.2004

*Das Iraq Revenue Watch Project (IRW)* des *Open Society Institute* von George Soros entdeckte, dass die CPA noch kurz vor dem 30. Juni zwei Milliarden Dollar aus den irakischen Öleinnahmen ohne jegliche Rücksprache für Aufträge an US-Firmen vergab. „Wenn so viel Geld für Bar-Zugaben verfügbar ist, und so wenig Planung, wie der Vorgang ablaufen soll, ist es schlicht unmöglich, Korruption und Pfusch zu vermeiden“ sagte, Svetlana Tsalik, Direktorin von IRW. „Iraqi Fire Sale: CPA Giving Away Oil Revenue Billions Before Transition“, *Iraq Revenue Watch Project*, June 2004, <http://www.iraqrevenuewatch.org/reports/061504.pdf>

<sup>21</sup> J. Guillard, „Die neue Phase des Krieges“ a.a.O.

<sup>22</sup> Ibrahim Warde „Die Wirtschaft der amerikanischen Vettern“, *Le Monde diplomatique*, 14.5.2004

<sup>23</sup> ebd.

<sup>24</sup> Siehe Artikel 42ff der Haager Landkriegsordnung von 1907, sowie: „Spoils of war“, *The Guardian*, 13.10.2003

<sup>25</sup> Ibrahim Warde, a.a.O..

11,3 Milliarden US-Dollar ablegen. Für den gesamten Zeitraum ihrer Tätigkeit fehlten die Belege oder wurden den internationalen Rechnungsprüfern vorenthalten. Auch über die Fördermengen und Umsätze beim Erdöl fanden die Prüfer keine detaillierten und verlässlichen Zahlen in den Büchern.<sup>29</sup> Die britische Hilfsorganisation „Christian Aid“ vermutet aufgrund eigener Recherchen, dass die Einnahmen um bis zu 30% höher liegen und somit weitere Milliarden in dunkle Kanäle geflossen sein könnten.<sup>30</sup>

Irakische Firmen standen von Anfang an bereit, für ein Bruchteil der von US-Konzernen geforderten Auftragssummen, die Schäden zu beheben. Nach dem Krieg von 1991 hatten sie es trotz Embargo in wenigen Monaten geschafft. Sie haben das Know How und das Interesse und wären sie zum Zuge gekommen, hätte dies Hunderttausenden wieder zu Arbeit und Einkommen verholfen.

Bechtel beispielsweise hat es dagegen – trotz üppiger Entlohnung – in 14 Monaten nicht geschafft, auftragsgemäß die Hauptklärwerke Bagdads zu reparieren. Gemäß einem eigenen Bericht der US-Agentur für internationale Entwicklung USAID, ein Jahr nach der Invasion, sind „Bagdads drei Abwasserklärwerke, die zusammen etwa dreiviertel der Abwasserbehandlungskapazität des Landes umfassen, außer Betrieb, so dass das Abwasser von 3,8 Millionen Menschen ungeklärt direkt in den Tigris fließt.“<sup>31</sup> Da ein Teil der Bevölkerung ihr Trinkwasser aufgrund mangelnder Trinkwasserversorgung immer noch aus dem Fluss beziehen muss, breiten sich nun Krankheiten wie Hepatitis, Cholera und Diarrhöe immer stärker aus, mit tödlichen Folgen vor allem für Kinder.<sup>32</sup>

Bei der Elektrizitätsversorgung ist die Situation ähnlich: Bechtel und Halliburton sind über die Bestandsaufnahme der durchzuführenden Reparaturen und der angestrebten Modernisierung nie hinausgekommen. Bagdads größtes Kraftwerk, Al Daura, das ein Drittel der Stadt mit Strom versorgen könnte, produziert daher weiterhin nur 10% seiner Kapazität. Helmut Doll, der deutsche Geschäftsführer von Babcock Power, einem Subauftragnehmer von Siemens, erzählte *Newsweek*, dass Bechtels Leute nur einmal gekommen seien, um Fotos zu machen. Seither habe sie keiner mehr gesehen. Mohsen Hassan, technischer Direktor für Energiegewinnung im Ministerium für Elektrizität, beteuert, dass die irakischen Ingenieure, die die Anlagen dreizehn Jahre unter Embargo in Betrieb gehalten haben, alles reparieren

könnten. Sie benötigten nur etwas Geld und Ersatzteile. Von Bechtel bekamen sie bisher nichts außer Versprechungen.<sup>33</sup>

Diese ganze Misswirtschaft auf dem Rücken der Iraker ist nur möglich durch den eklatanten Mangel an Kontrolle und die Missachtung der Regeln der Wirtschaftlichkeit. Die Korruption beginnt mit der Vergabe der Großaufträge an die US-Konzerne und setzt sich bei der Weitergabe von Teilaufträgen fort. Um einen Auftrag zu erhalten benötigt beispielsweise jeder Iraker ein „Tazkia“, das ist ein Empfehlungsschreiben einer der von den USA in den sogenannten „Regierenden Rat“ aufgenommen Parteien. Dafür müssen beträchtliche Summen bezahlt werden, Abschlüsse von Subunternehmerverträge erfordern außerdem die Zahlung von wenigstens 5%-10% der Vertragssumme an die Vermittler aus den US-amerikanischen Hauptunternehmen.<sup>34</sup>

Zum Schutz der Geschäftstätigkeiten ihrer Unternehmen im Irak wurden in den USA zahlreiche Gesetze und Verordnungen verabschiedet. Unter anderem unterzeichnete Bush am 22. Mai 2003 den Erlass 13303, der die gesamte Erdölindustrie des Irak gegen „alle Verordnungen, Urteile, Erlasse, Verfügungen, Beschlagnahmungen und jede sonstige juristische Maßnahme“ schützt. Die Ölindustrie steht damit über dem Gesetz, dem US-amerikanischen ebenso wie dem internationalen.

Verlierer ist die breite Masse der Iraker. Die schockartige Einführung der Marktwirtschaft hat die hohe Arbeitslosigkeit noch mal in die Höhe schnellen lassen; mindestens zwei Drittel der Iraker sind davon betroffen und überleben allein durch die Sozialprogramme, die die frühere Regierung in Zusammenarbeit mit der UNO eingerichtet hatte.

Der Umbruch vom Wohlfahrtsstaat, der Beschäftigung und Grundversorgung, wenn auch zuletzt auf niedrigem Niveau, garantierte, zur unregelmäßigen Marktwirtschaft ähnelt dem was nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus über die osteuropäischen Länder hereinbrach, mit allen Begleiterscheinungen der extremen Umverteilung. Im Irak geschieht dies aber unter den Bedingungen von Krieg, Besatzung und Widerstand. „Früher hatten die Iraker Sicherheit, Stabilität, Arbeit unter den Bedingungen eines autoritären Regimes – jetzt haben sie unter westlicher Vorherrschaft Chaos, Kriminalität, Mafia, horrende Arbeitslosigkeit, Islamismus und Terrorismus. Und ein Konzept für die Wende zum Besseren ist nicht in Sicht“ berichtet der Marburger Altorientalist Prof. Walter Sommerfeld, ein langjähriger Kenner des Landes nach seiner Reise am ersten Jah-

<sup>29</sup> Siehe Presseerklärung des IAMB vom 15.7.2004, <http://www.iamb.info/pr/pr071504.htm>, sowie „UN und USA streiten über den Umgang mit Iraks Erdöl“, *FR*, 24.7.2004.

<sup>30</sup> Schon die CPA selbst gibt mit 10,0 und 11,5 Mrd. US-Dollar zwei unterschiedliche Zahlen für die Öleinnahmen an. Nach Berechnungen von „Christian Aid“ müssten sie eher bei 13 Mrd. liegen („Fuelling suspicion ...“ a.a.O.)

<sup>31</sup> Antonia Juhasz a.a.O.

<sup>32</sup> Nach einer WHO-Untersuchung haben sich die Fälle von Diarrhöe zum Vorjahr verdreifacht, „Beyond Torture ...“ a.a.O.

<sup>33</sup> Chatterjee, Pratap & Herbert Docena. „Occupation Inc.“ *Southern Exposure Magazine*, Winter 2003/2004, <http://www.southernstudies.org/reports/OccupationInc.htm>

<sup>34</sup> Haifa Zangana, Iraq's enemy within, *The Guardian* 10.4.2004

restag des Kriegsbeginns.<sup>35</sup>

## „Nation building“

### Das Irak-Bild Washingtons

Als es sich die Invasoren nach dem Einmarsch in Saddam Husseins Regierungssitz am Tigris gemütlich machten, geschah dies nicht mit der Absicht, diesen in absehbarer Zeit wieder zu verlassen. Die USA wollten so lange als unmittelbare Besatzungsmacht fungieren, bis die gesellschaftlichen Bedingungen für eine Machtübergabe an eine irakische Regierung reif sein würden.

Auch in der US-Regierung hatte niemand ernsthaft daran geglaubt, die Invasoren würden als Befreier begrüßt. Die US-Strategen rechneten aber damit, dass nach den langen Jahren der Herrschaft des Baath-Regimes und den Entbehrungen durch Krieg und Embargo, der größte Teil der Bevölkerung passiv bleiben würde. Sie hatten die Illusion, dass der Hass der Iraker auf Saddam Hussein so groß sei, dass sie eine politische und militärische Besatzung für eine längere Zeit tolerieren würden und gingen davon aus, dass es genügen würde, den Machtapparat des alten Staates und die Baath-Partei zu zerschlagen, um organisierten Widerstand für längere Zeit auszuschalten.

Maßgeblich beeinflusst waren die Planer in Washington vom Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse im Irak, das ihnen ihre Ratgeber aus den Reihen der irakischen Exil-Opposition vermittelten. Auf ihren Rat und ihren Einfluss vor Ort hatten sich die US-Strategen sehr stark verlassen, sie bestimmten in hohem Maße die Besatzungspolitik mit. Mit Hilfe dieser Kollaborateure hofften sie Unterstützung von Teilen der Bevölkerung zu erhalten und andere gegeneinander ausspielen zu können. Durch die als moderat angesehenen verbündeten islamistischen Organisationen, wie den Obersten Rat der Islamischen Revolution (SCIRI), die irakischen Muslimbrüder oder die Dawa-Partei sollten radikale religiöse Kräfte eingebunden oder neutralisiert werden. Sie wurden als stark genug angesehen, militanten Predigern entgegenzutreten. Wie sich bald zeigte, hatte all dies mit der Realität wenig zu tun: Die meisten der mit den Invasionstruppen einrückenden irakischen Politiker verfügten über keinen nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung, ihre Analysen erwiesen sich als pure Ideologie: So wurden z.B. die ethnischen und konfessionellen Widersprüche übertrieben und die starke nationale irakische und panislamische Identität ignoriert.

### Irakische Fassade für die US-Herrschaft

Im Bestreben Unterstützung durch einheimische Hilfskräfte zu gewinnen und vor das Besatzungsre-

gime sukzessive eine irakische Fassade zu stellen, begannen die USA im Sommer 2003 mit dem Aufbau neuer irakischer Polizeieinheiten und einer neuen Armee. Im Juli wurde ein 25-köpfiger provisorischer „Regierender Rat“ (Iraqi Governing Council, IGC) als höchste irakische Autorität eingesetzt. Seine Macht war äußerst beschränkt und seine Lebensdauer zunächst unbestimmt. Dieser Rat setzte auf Anweisung des US-Statthalters Paul Bremer ein provisorisches Kabinett mit 25 Ministern ein, denen jeweils ein US-amerikanischer Vertreter der CPA als „Berater“ vorstand.

Die Mitglieder des Rates hatte Bremer handverlesen, Wert wurde dabei auf die Einhaltung des ethnischen und konfessionellen Proporz gelegt. Durch die absurden Auswahlkriterien kam der Vertreter der irakischen KP als Schiite und Adnan Pachachi, Außenminister vor der Machtübernahme der Baath-Partei, als Sunnite in den Rat. „Mittelalter statt Zivilgesellschaft“ charakterisierte Karl Grobe diese Vorgehensweise in der *Frankfurter Rundschau* treffend.<sup>36</sup> Es dominierten im Rat naturgemäß die Kräfte, die bereits vor dem Krieg mit den USA verbündet waren oder den angelsächsischen Überfall zwar nicht öffentlich unterstützt, aber wie die irakische KP wohlwollend begrüßt haben.

Da die Besetzung aller Gremien nach ethnisch-religiösem Proporz die Trennungslinien zwischen den Bevölkerungsgruppen zu verschärfen drohte, stieß das Vorgehen auf heftige Kritik. Die „Politisierung religiöser und ethnischer Risse“ so beispielsweise die *International Crisis Group (ICG)* gefährde die territoriale Integrität Iraks und seinen säkularen Charakter.<sup>37</sup> Die US-Strategen sahen aber gerade darin die Chance national orientierte Kräfte zu schwächen.<sup>38</sup>

### Das Scheitern von „Plan A“

Der „Regierende Rat“ wurde vom überwiegenden Teil der Bevölkerung, die in ihm ein ausschließliches Werkzeug der Besatzungsmacht sahen, nie anerkannt. Seine Mitglieder galten genauso als Kollaborateure, wie die Iraker, die sich von der Besatzungsbehörde für die neue Polizei oder Armee rekrutieren ließen. Durch das arrogante und brutale Verhalten der Besatzungstruppen schlug die eher passive Ab-

<sup>36</sup> *Frankfurter Rundschau*, 28.08.2003

<sup>37</sup> siehe J. Guilliard, „Irak - Die neue Phase des Krieges“, a.a.O.

<sup>38</sup> „Die Darstellungen der imperialen Medien, die den Irak nach Schiiten, Sunniten, Arabern und Kurden fraktionieren, war von Anfang an ideologisch“ so der in Frankfurt lebende irakische Politologe Sabah Alnasseri. Es sei auch eine „Inszenierung, dass es so etwas wie eine beherrschende theokratische Tendenz im Irak gäbe und eine islamische Republik nach dem Muster des Iran entstehen könnte.“ Eine solche Inszenierung wirke wie eine „Zensur“, da sie die tatsächlichen Konflikte verdränge und sie sei „imperialistisch, weil die Verhältnisse als unzivilisiert, gewaltförmig und apolitisch dargestellt“ - eine Rechtfertigung für die weitere Besatzung. Sabah Alnasseri, „Ein Land zerfällt“ a.a.O.

<sup>35</sup> Walter Sommerfeld, „Land im Umbruch – Der Irak ein Jahr nach dem Krieg“, [http://www.iraaktribunal.de/hearing190604/sommerfeld\\_2004.htm](http://www.iraaktribunal.de/hearing190604/sommerfeld_2004.htm)

lehnung der Besatzung immer mehr in offene Feindschaft über. Selbst ein Großteil der Geschäftsleute, die nach den Vorstellungen Washingtons als neuer Mittelstand das Rückrat eines neuen Irak bilden sollten, wurden verprellt, da sie von den Wiederaufbauprojekten weitgehend ausgeschlossen blieben.

Die rundum fehlende Akzeptanz der „Befreier“ wurde im Oktober 2003 durch Umfragen von Gallup bestätigt. Nur 5% der Befragten glaubten, dass die USA einmarschierten, um „das irakische Volk zu unterstützen“ und nur 1%, dass sie Demokratie einführen wollen.<sup>39</sup> Die CIA kam zur selben Erkenntnis und warnte vor einem Scheitern der gesamten Irak-Mission. In ihrem Anfang November an die Presse lancierten Geheimbericht ging sie davon aus, dass der Widerstand an Stärke ständig zunehme und in der Bevölkerung weiter Fuß fassen. Bis zu 50.000 Irakerinnen und Iraker waren ihrer Einschätzung nach, zu diesem Zeitpunkt im Widerstand aktiv und diese seien keinesfalls nur Anhänger des alten Regimes.<sup>40</sup>

Die Ergebnisse der Gallup-Umfrage und der CIA-Recherchen kamen an die Öffentlichkeit als die Situation vor Ort zusehends eskalierte. Im Oktober hatten sich die täglichen Angriffe auf Besatzungstruppen schon auf über 20 am Tag gesteigert. Im November, während des islamischen Fastenmonats Ramadan, nahmen die Angriffe noch weiter zu, die offizielle Zahl monatlich gefallener US-Soldaten verdoppelte sich von 40 auf 82. Bei einem Abschuss eines Kamphubschraubers, der die US-Öffentlichkeit besonders erschütterte, starben allein 16 GI.

Dadurch geriet die US-Regierung zunehmend auch innenpolitisch in Bedrängnis. Die Zustimmung zum Kriegskurs des Präsidenten sank und mit ihr auch seine Popularität.

Die USA hatten es bis dahin recht geschickt verstanden, einzelne Terroranschläge auf internationale Einrichtungen und Zivilisten, sowie Gerüchte über eine große Zahl ausländischer islamistischer Kämpfer auszunutzen, um ihren Kampf gegen die Guerilla in den Zusammenhang mit dem „Kampf gegen den Terror“ zu stellen. Die sichtbar werdende Breite des Widerstands entlarvte dies aber zunehmend als Propaganda. Die USA konnten in all den Monaten, trotz Gefangennahme von mehr als 700 ausländischen Moslems, keine Beweise für die Existenz von Al Qaeda oder ähnlichen ausländischen Organisationen im Irak vorlegen. Da diese über keine gesellschaftliche Basis im Land verfügen und als Ausländer auffallen würden, ist eine Präsenz in größerem Umfang auch sehr unwahrscheinlich.

Im Irak selbst gibt es große Zweifel, dass die fürch-

terlichen terroristischen Anschläge, die im Westen das Bild des Widerstands prägen, die Anschläge auf Hilfsorganisationen und irakische Zivilisten, von Widerstandsgruppen verübt wurden. Hartnäckig hält sich auch in gebildeten Kreisen die Überzeugung – von westlichen Medien wie immer als Verschwörungstheorien belächelt – dass dahinter viel eher prowestliche irakische Organisationen und britische, US-amerikanische oder israelische Geheimdienste stecken.<sup>41</sup> Die Spekulation werden dadurch genährt, dass in keinem der großen Terroranschläge die Ergebnisse, der von der Besatzungsmacht durchgeführten Untersuchungen publik gemacht wurden – unabhängige Untersuchungen gab es ohnehin nie.

Nach wie vor blieb die Unterstützung anderer Länder aufgrund der mangelnden Legitimation der Besatzung und der fehlenden Bereitschaft Washingtons, ihnen Mitsprache einzuräumen, gering. Die USA erhielten auf ihre Bitten nach weiterer Truppenunterstützung überwiegend Absagen. Eine Geberkonferenz Ende Oktober in Madrid wurde zum Schlag ins Wasser. Die Weltbank hatte einen Bedarf von rund 56 Milliarden Dollar errechnet, 20 Milliarden hatten die USA selbst schon zugesagt. Darüber hinaus erhielten sie aber nur Zusagen in Höhe von 13 Mrd. US-Dollar, der größte Teil davon von IWF und Weltbank.

Auch der Ölreichtum des Iraks zahlt sich für die neuen Herren noch nicht aus, die Ölexporte bringen aufgrund der anhaltenden Sabotage nur Bruchteile der erhofften Einnahmen. Die Umwandlung der irakischen Wirtschaft in den erhofften „kapitalistischen Traum“ stieß ebenfalls auf massive Hindernisse, so dass, wie die *Washington Post* Ende Dezember 2003 vermeldete, die Besatzungsbehörde eine ganze Reihe bereits fest geplanter Maßnahmen verschieben musste. Insbesondere die Privatisierung staatlicher Unternehmen sollte nun wesentlich behutsamer angegangen werden. In den betroffenen Betrieben hatte sich heftiger Widerstand dagegen organisiert und angesichts einer Arbeitslosigkeit von 60 bis 70 Prozent, die durch die zu erwartenden Entlassungen weiter steigen würde, mussten die Besatzer befürchten, dass sich entlassene Arbeiter dem bewaffneten Widerstand anschließen. Eine Warnung war diesbezüglich die Ermordung des Direktors des (noch) staatlichen Unternehmens für Speiseöl. Als dieser sich weigerte einige Dutzend Arbeiter wieder einzustellen, wurde er auf dem Weg zur Arbeit erschossen. Sein Tod habe eine Panikwelle durch das Industrieministerium gesandt, so die *Washington Post*, „plötzlich wollte

<sup>39</sup> Phyllis Bennis, „Bush on Middle East – ‚Democracy‘ & ‚Ending Occupation‘ in Iraq, *Institute for Policy Studies*, 18.11.2003

<sup>40</sup> „We could lose this situation“, CIA says insurgents now 50,000 strong; Crisis talks over transfer of power“, *The Guardian*, 13.11.2003 und „CIA has a bleak analysis of Iraq“, *Philadelphia Inquirer*, 12.11.2003

<sup>41</sup> Walter Sommerfeld a.a.O.: Der Verdacht erhielt neue Nahrung, als Adnan Pachachi, Anfang der 60er Jahre irakischer Außenminister, dem Chef des von den USA finanzierten „Irakischen Nationalkongresses“, Ahmed Chalabi vorwarf, Terroranschläge zu planen, nachdem Chalabi in Ungnade gefallen war und bei der Bildung der provisorischen Regierung nicht berücksichtigt wurde. „Pachachi wirft Chalabi Planung von Terroranschlägen vor“, *Der Standard*, 21.6.2004

niemand mehr über Privatisierungen reden.“<sup>42</sup> Nicht nur die mangelnde Sicherheit, auch die fehlende Legitimität für die Maßnahmen der Besatzungsbehörde ließ Konzerne zögern, im Irak zu investieren. Hätte doch eine souveräne irakische Regierung jederzeit das Recht, die Verordnungen der CPA und Verträge mit ausländischen Konzernen zu annullieren.

Der ursprüngliche Plan, die unmittelbare Herrschaft so lange auszuüben, bis die Bedingungen für die Übergabe der Herrschaft an ein irakisches Regime, das die Wahrung der US-Interessen garantieren könnte, wirklich reif sind, war offenbar nicht mehr haltbar. „Die Iraker würden nicht tolerieren, dass wir so lange die Macht behalten“ hieß es nun in Washington.<sup>43</sup>

## **Plan B – das „Novemberabkommen“**

In dieser Situation wurde Paul Bremer Mitte November zu einer Krisensitzung nach Washington gerufen, um einen Ausweg aus dem Dilemma zu suchen. Mehr Bündnispartner im Irak und mehr internationale Unterstützung war nicht zu erreichen, ohne ein gewisses Maß an Kontrolle aufzugeben. Dagegen hatten sich bis dahin vor allem die neokonservativen Hardliner vehement gesträubt. Doch nun verkündete Paul Bremer kurz nach seiner Rückkehr, dass am 30. Juni 2004 die unmittelbare Regierungsgewalt an eine provisorische Regierung übergehen und die Besatzung damit formell enden würde. Im sogenannten „15. November Abkommen“ mit dem „Regierenden Rat“ wurde ein Zeitplan festgelegt, der zunächst die Verabschiedung einer Übergangsverfassung und anschließend die Bildung der Übergangsregierung in einem komplizierten Auswahlverfahren vorsah.

Von einem Abzug der Besatzungstruppen war selbstverständlich keine Rede. Präsident Bush kündigte explizit an, dass die Besatzungstruppen auf unbestimmte Zeit im Irak bleiben werden – in Zukunft auf Einladung der irakischen Regierung. Ein entsprechendes Abkommen über die weitere Stationierung ausländischer Truppen sollte noch vor dem 30. Juni mit dem „Regierenden Rat“ abgeschlossen werden.

Der Zeitpunkt dieser sogenannten Machtübertragung wurde auf Ende Juni gesetzt, um Bush zu Beginn der heißen Phase des Wahlkampfes Entlastung zu verschaffen.

### **Forderung nach allgemeinen Wahlen**

Ursprünglich war vorgesehen gewesen, die „Übergangsregierung“ durch eine nationale Versammlung ernennen zu lassen, deren Vertreter durch lokale Ausschüsse bestimmt werden sollten. Das Vorhaben,

<sup>42</sup> Rajiv Chandrasekaran, „Attacks Force Retreat From Wide-Ranging Plans for Iraq“, *Washington Post*, 28.12.2003

<sup>43</sup> „US Focuses on Faster Handover to the Iraqis“, *Philadelphia Inquirer*, 13.11.2003

durch ein aufwendiges, aber gut zu kontrollierendes Verfahren, eine gewisse Repräsentativität vorzutäuschen, scheiterte aber am entschiedenen Widerstand auch gemäßigter irakischer Kreise: der geplanten „Ernenokratie“<sup>44</sup>, wurde nachdrücklich die Forderung nach freien Wahlen entgegenstellt. Besonders machte der Besatzungsmacht dabei die ruhige aber hartnäckige Opposition des Großayatollahs Ali Al Sistanis, eine der angesehensten Persönlichkeiten im Land und faktisches Oberhaupt der schiitischen Glaubensgemeinschaft, zu schaffen. Bis dahin hatte der von Al Sistani geführte, sehr einflussreiche schiitische Klerus trotz seiner Ablehnung der Besatzung, im großen und ganzen eine abwartende Haltung eingenommen. Die konservativen Geistlichen haben selbstverständlich kein Interesse an einem stärkeren politischen Einfluss der radikalen Kräfte, die den Widerstand stellten. Im Januar mobilisierten er und seine Anhänger aber fast aus dem Stand heraus über 100.000 Irakerinnen und Iraker zu einer Demonstration in Bagdad für freie Wahlen. Es war die größte politische Manifestation seit Beginn der Besatzung.<sup>45</sup> Wahlen waren aber das letzte, was die USA zu diesem Zeitpunkt brauchen konnten. Das zentrale Dilemma sei, so der Direktor des „Democracy Project“ der Stiftung *Carnegie Endowment for International Peace*, Tom Carothers, „dass die mächtigsten, und populärsten Bewegungen“ gerade die seien, die für die USA „zu tiefst unbequem sind.“<sup>46</sup> Statthalter Bremer beharrte daher darauf, Wahlen „auf eine Weise durchzuführen, die unsere Belange berücksichtigt.“ Auch er äußerte ganz offen die Befürchtung, dass aktuell die Gegner der USA gewinnen würden.<sup>47</sup> Es bliebe einfach nicht genügend Zeit, die „Moderaten“ zu organisieren, so einer seiner Mitarbeiter über die Arbeit, die aus US-Sicht noch zu leisten ist.<sup>48</sup> Selbst lokale Wahlen, die von einigen über-eifrigen US-Kommandeuren vor Ort, die an ihre demokratie-stiftende Mission glaubten, vorbereitet worden waren, wurden sämtlich unterbunden.

Widerstand gegen Wahlen kam verständlicher Weise auch vom „Regierenden Rat“, dessen meisten Mitglieder bei freien Wahlen von der politischen Bildfläche verschwinden würden.

Für landesweite Wahlen fehle einfach die Zeit, so das wichtigste Argument Washingtons. Sie könnten allein schon deswegen nicht in weniger als zwei Jahren abgehalten werden, weil keine ausreichenden Zensusdaten für ein Wählerregister vorhanden wären.

<sup>44</sup> Naomi Klein, „Bush's Iraq: An Appointment“, *The Globe and Mail/Common Dreams*, 22.1.2004

<sup>45</sup> „Thousands of Iraqis Demand Elections on Day of UN Talks“, *New York Times*, 19.1.2004

<sup>46</sup> „Surging Shiite Demands Put US in a Bind“, *Los Angeles Times*, 18.1.2004

<sup>47</sup> „Occupation Forces Halt Elections Throughout Iraq“, *Washington Post*, 28.6.2003 (zit. nach Herbert Docene a.a.O.)

<sup>48</sup> „US Tries to Give Moderates an Edge in Iraqi Elections“, *New York Times*, 18.1.2004

Diese Argumentation wurde von irakischen Beamten und UN-Mitarbeitern, die mit den Verhältnissen vor Ort vertraut sind, sofort zurückgewiesen. Sie stimmen alle darin überein, dass es mit der bereits existierenden Datenbank für das Lebensmittelverteilungssystem des „Öl-für-Nahrung-Programms“ der UNO, in der nahezu alle Iraker erfasst sind, recht einfach wäre, ein Wählerregister aufzubauen.<sup>49</sup>

Da es zudem im Irak regelmäßig Wahlen gegeben habe, existiere – unabhängig davon wie wenig demokratisch diese waren – durchaus auch das Know How und die Infrastruktur dafür. Carina Perelli, Direktorin der UN-Wahl-Unterstützungsabteilung, hielt nach einem Besuch des Landes, Wahlen innerhalb von sechs Monaten für machbar.<sup>50</sup> Bei rechtzeitiger Vorbereitung wären Wahlen zur Interimsregierung also durchaus möglich gewesen. Die meisten Iraker hätten dafür auch einen etwas späteren Termin als den 30. Juni akzeptiert.

Auch die mangelnde Sicherheit wurde gegen Wahlen ins Feld geführt. Solange die Guerillaangriffe andauern, könnten keine Wahlen stattfinden. In anderen Ländern wurden jedoch schon unter schwierigeren Bedingungen Wahlen durchgeführt, und es spricht nichts dafür, dass sich die Sicherheitsbedingungen ändern werden, solange die Besatzungstruppen im Land stehen.

Die einfachste Möglichkeit die Sicherheitslage für Wahlen zu verbessern, wäre nach Ansicht vieler Experten ein klarer Fahrplan für den Abzug der fremden Soldaten und die Einbeziehung aller politischen Kräfte, d.h. auch baathistische Gruppierungen, militante Nationalisten und radikale Schiiten.

Robert Collier, der Auslandsreporter des *San Francisco Chronicle*, hatte während seiner Irak-Reise im Dezember 2003 Dutzende von schiitischen Führern, sunnitischen Klerikern und Baathisten aller Rangebenen interviewt und nach ihren Lösungsansätzen gefragt. Die Antworten, so Collier, hätten neben scharfen Differenzen auch eine große Zahl wichtiger Gemeinsamkeiten ergeben: unter anderem die Hauptforderungen nach (a) Kontrolle des Übergangsprozesses durch die UNO, (b) Ersetzung der Besatzungstruppen durch UN-Truppen aus neutralen Staaten, sowie der Zivilverwalter durch UN-Mitarbeiter und (c) Abhaltung nationaler Wahlen unter UNO-Aufsicht in der zweiten Hälfte des Jahres 2004. Alle Versuche, eine pro-westliche Regierung zu installieren müssten gestoppt und stattdessen auch den Gegnern der USA die Teilnahme an Wahlen ermöglicht werden. Forderungen, die Baath-Partei von der einstigen Führungsschicht zu säubern, könnten sie ebenso akzeptieren, wie die nach Umbenennung

oder Neugründung ihrer Partei, so ein Brigadegeneral der alten irakischen Armee. Doch wenn die Mitglieder der Baath-Partei und die anderen gegen die US-Besatzung kämpfenden Gruppen ausgeschlossen blieben, würden sie ihre Angriffe selbstverständlich fortsetzen. „Wenn uns zugestanden wird, uns an Wahlen zu beteiligen, und wenn die UNO garantiert, dass wir nicht betrogen werden, werden wir der neuen Regierung eine Chance geben.“ Collier erinnert daran, dass es eine solche Wiedereingliederung auch schon in anderen Ländern gab.<sup>51</sup>

Stünden die Wahlen am Anfang eines Übergangsprozesses, der tatsächlich zum Ende der Besatzung und dem Abzug der fremden Truppen führen würde, so wäre auch nach Ansicht vieler führender irakischer Persönlichkeiten, die von einem UN-Team befragt worden waren, die Frage der Sicherheit kein größeres Problem, da eine solche Lösung von allen patriotischen Irakern unterstützt würde.<sup>52</sup>

Das UN-Team, das unter Leitung des Sondergesandten Kofi Annans, Lakhtar Brahimi, vor Ort die Möglichkeiten von Wahlen prüfte, kam in dieser Frage dennoch den USA entgegen: Indem es die Meßlatte für erfolgreiche Wahlen trotz der brisanten Umstände sehr hoch hing, kam es zum Schluss, dass Wahlen zur Interimsregierung nicht durchführbar seien. Allerdings veranschlagte das Team für den benötigten Zeitraum keine zwei Jahren sondern nur 8 Monate – Wahlen bis Ende des Jahres hielt Brahimi prinzipiell für machbar.

## Übergangsverfassung

Ein wesentliches Element in der US-Strategie stellte die Verabschiedung einer Interimsverfassung noch vor Übergabe der Regierungsgewalt an irakische Institutionen dar. Dies gelang beinahe fristgerecht: am 8. März unterzeichnete der „Regierende Rat“ ein „Übergangsverwaltungsgesetz“ (Transitional Administrative Law, TAL). Diese von US-Juristen entworfene Verfassung hat trotz ihrer nüchternen Bezeichnung nicht den Charakter eines Provisoriums, sondern ist schon vollständig ausgearbeitet und als Vorlage für die permanente Verfassung gedacht. Es dürfte auch für eine spätere verfassungsgebende Versammlung, so das Kalkül, nicht einfach sein, sie wesentlich zu verändern – ungeachtet ihrer Zusammensetzung. Sie soll auf diese Weise dazu beitragen, den US-amerikanischen Einfluss auf subtile Weise langfristig zu verankern.

Von der westlichen Presse wurde die neue Verfassung als demokratischer Meilenstein gefeiert. Dabei war schon ihr Zustandekommen im engen Rahmen des „Regierenden Rates“ und unter Federführung der USA, alles andere als demokratisch. Sie enthält zu-

<sup>49</sup> The political transition in Iraq: report of the fact-finding mission, UN-Dokument S/2004/140, Seite 20

<sup>50</sup> Robert Collier, „Democracy How?“, *The American Prospect*, March 1st, 2004, <http://www.prospect.org/print/V15/3/collier-r.html>

<sup>51</sup> ebd.

<sup>52</sup> Report vom UN Fact-finding Team vom 23.2.2004, UN-Dokument S/2004/140, <http://www.un.org/Docs/journal/asp/ws.asp?m=S/2004/140>

dem ihre Machtlosigkeit bereits in sich selbst festgeschrieben, indem sie bestimmt, dass alle Gesetze und Verordnungen der Besatzungsbehörde in Kraft bleiben werden und nur von einer gewählten Regierung in einem aufwendigen Verfahren geändert werden können.

Die ausführlichen Formulierungen bürgerlicher Rechte können sich in der Tat sehen lassen, doch im sozialen Bereich fällt die neue Verfassung hinter bestehendes Recht zurück. Enthielt die alte Verfassung ein Recht auf Arbeit und Bildung, die Verantwortung des Staates für die Gesundheitsversorgung und die Verpflichtung des Staates zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen,<sup>53</sup> so ist dies nun alles reduziert auf die Verpflichtung der Regierung, für das Wohl der Bevölkerung soweit zu sorgen, wie es „die Ressourcen zulassen“ und „unter Berücksichtigung anderer vitaler Pflichten.“<sup>54</sup>

Das TAL beseitigt erwartungsgemäß auch alle Schranken, die einer wirtschaftlichen Übernahme des Landes durch ausländisches Kapital entgegenstanden. Es verbietet zwar mit Artikel 15 Sondergerichte, konterkariert dies aber anschließend in Artikel 48 durch die explizite Bestätigung des im Dezember 2003 eingerichteten Sondergerichtshofs zur Aburteilung Saddam Husseins und anderer führender Köpfe des alten Regimes.

Unklar ist, welche Auswirkungen auf die individuellen Rechte der explizite Verweis in der Interimsverfassung auf den Islam als „eine Quelle“ der Rechtsprechung und die Bestimmung, dass kein Gesetz im Gegensatz zu islamischen Recht stehen darf, haben wird. Die Formulierung war ein Kompromiss zwischen den Kräften im Umfeld des „Regierenden Rates“, die die Scharia zur Basis der Rechtsprechung machen wollten, und denen, die den bisherigen säkulareren Charakter Iraks bewahren wollten.

Insbesondere die Frauen sehen ihre Rechte auch durch die Kompromissformel bedroht, hatte doch der „Regierende Rat“ schon versucht, das bisher geltende irakische Familienstandsrecht aufzuheben. Dieses Recht stellt die Frauen in den wesentlichen Punkten, wie Erbe, Heirat, Scheidung und Sorgerecht dem Mann gleich und gehört damit zu den fortschrittlichsten in den islamischen Ländern. Der „Regierende Rat“ hatte unter Berufung auf islamisches Recht im Dezember 2003 beschlossen, das alte Familienstandsrecht aufzuheben und stattdessen die traditionellen Gesetze der jeweiligen Religion wieder in Kraft zusetzen. Da Statthalter Paul Bremer das Gesetz nicht unterzeich-

<sup>53</sup> Siehe Art.23, 27, 29, 32 und 33 der irakischen Verfassung von 1990 ([http://www.oefre.unibe.ch/law/icl/iz01000\\_.html](http://www.oefre.unibe.ch/law/icl/iz01000_.html)). Die Verfassung war 1990 geändert worden, das Verfassungsreferendum fiel aufgrund des Krieges 1991 aus, sie trat aber dennoch faktisch in Kraft.

<sup>54</sup> Art. 14 der Interimsverfassung (Law of Administration for the State of Iraq for the Transitional Period, [http://www.oefre.unibe.ch/law/icl/iz00000\\_.html](http://www.oefre.unibe.ch/law/icl/iz00000_.html))

nete, hängt es seither in der Luft.<sup>55</sup>

Die USA hatten unmittelbar mit Unterzeichnung der Verfassung eine größere Medienkampagne gestartet, in der sie diese als „ohne Vorläufer in der arabischen Welt“ feiern ließen. In Wirklichkeit haben eine ganze Reihe arabischer Staaten ähnliche Verfassungsrechte und garantierte auch die alte Verfassung die wesentlichen individuellen Rechte. Das Problem liegt bekanntlich meist nicht in den Formulierungen auf Papier, sondern in der Praxis. Ob beispielsweise die Besatzungstruppen nach dem Inkrafttreten des TAL tatsächlich die Unverletzlichkeit der Wohnung oder das Verbot willkürlicher Festnahmen respektieren, ist stark zu bezweifeln.

Die überwiegende Mehrheit der Iraker war von der Diskussion vollständig ausgeschlossen. Über den Inhalt konnten sie sich erst informieren, als das Papier aus dem englischen ins arabische übersetzt worden war. Viele machten sich diese Mühe gar nicht, da sie die Verfassung als ein von der Besatzungsmacht aufgezwungenes Machwerk von vorneherein ablehnen.

Auf konkrete Ablehnung stößt bei den meisten Irakern unter anderem das vorgesehene, sehr weitgefächerte, föderale System, das ihrer Ansicht nach auf die Zersplitterung der irakischen Gesellschaft und eine Schwächung des Landes zielt.<sup>56</sup> Eine gewisse Dezentralisierung des Staates würde wohl weithin akzeptiert werden, allerdings darauf beschränkt, den bestehenden 18 Gouvernaten föderale Rechte zuzugestehen und nicht, wie nun vorgesehen, neugebildete weitgehend autonome „föderale Regionen“.<sup>57</sup> Dies wird als Fortsetzung der bisherigen Politik der USA betrachtet, die bei der politischen Repräsentation von Irakern auf allen Ebene eine Einteilung in Schiiten, Sunniten, Kurden, Turkmenen usw. vornahm, eine Einteilung die der irakischen Gesellschaft bis dahin weitgehend fremd war.<sup>58</sup>

Die Grenzen der anvisierten föderalen Selbstverwaltung sind völlig vage. Der Zentralregierung wird zwar die Verantwortung für die Außenpolitik, nationale Sicherheit, Steuer- und Währungspolitik, die Kontrolle des Öls und anderer natürlicher Ressourcen zugebilligt, das TAL enthält aber praktisch keine Begrenzung der Macht der geplanten „föderaler Re-

<sup>55</sup> „Iraqi women could lose rights they've had for decades, senators say“, *San Francisco Chronicle*, 2.2.2004

<sup>56</sup> Protests Mount Against Interim Law, *Institute for War & Peace Reporting*, 15.3.2003,

[http://www.iwpr.net/index.pl?archive/irq/irq\\_53\\_3\\_eng.txt](http://www.iwpr.net/index.pl?archive/irq/irq_53_3_eng.txt)

<sup>57</sup> „Constitution blow“, *Institute for War and Peace Reporting*, 5.3.2004; Gemäß TAL sollen die Regionen zwar „nur nach geografischen und historischen“ und nicht nach ethnischen Kriterien gebildet werden, in der Praxis würde es aber dennoch, wie das kurdische Beispiel zeigt, auf eine ethnische/konfessionelle Teilung abzielen.

<sup>58</sup> Eine häufige Parole auf Demonstrationen gegen die Besatzung heißt: „Wir sind keine Schiiten, wir sind keine Sunniten, wir sind alle Iraker“

gionen“. Die bisher einzige etablierte Region ist die 1974 aus den drei mehrheitlich von Kurden bewohnten Nordprovinzen gebildete „Kurdische Autonome Region“ KAR. Der Regierung dieser Region wird weitgehend die legislative und judikative Unabhängigkeit eingeräumt, sowie den Erhalt der regionalen Kontrolle über Polizei und anderer Sicherheitskräfte. Dadurch werden die Milizen der beiden Parteien PUK und KDP, die sich die Herrschaft über diese Region teilen, eine permanente militärische Macht darstellen, die von der Zentralregierung unabhängig ist. Das TAL gewährt zudem den beiden Kurdenparteien, d.h. den engsten Verbündeten der USA, indirekt Veto-Rechte bei der Verabschiedung einer endgültigen Verfassung.<sup>59</sup> Dieser Passus war bis zuletzt auch im Regierenden Rat umstritten und hatte zu Verzögerungen geführt. Kritiker wiesen daraufhin, dass die wiederholte Ablehnung einer künftigen permanenten Verfassung durch eine Mehrheit innerhalb der KAR, deren Inkrafttreten auf unbestimmte Zeit blockieren und die Übergangsverfassung sich so zur permanenten „verhärteten“ könnte.

Viele Iraker fragten sich von Anfang an, wozu überhaupt eine solche Übergangsverfassung nötig sein sollte. „Es gibt eine permanente Verfassung und wir könnten mit dieser weiter arbeiten, indem all die Ergänzungen und Beschlüsse außer Kraft gesetzt werden, die den Geist des Gesetzes auf Kosten der Rechte der Iraker in den letzten Dekaden verletzte.“<sup>60</sup>

Auch Ayatollah Al Sistani machte deutlich, dass der schiitische Klerus ein von der Besatzungsmacht erlassenes Gesetzeswerk auf keinen Fall als irakische Verfassung anerkennen werde. Es sei ein Hindernis auf dem Weg zu einer permanenten Verfassung, die die Einheit des Iraks und die Rechte seiner Bevölkerung in seiner ganzen ethnischen und konfessionellen Verschiedenheit schütze.<sup>61</sup> Er verweigerte dem UN-Sondergesandten Brahimi jegliches Gespräch, solange die UNO die Übergangsverfassung als Basis für den Übergangsprozess anerkenne.

### Novemberplan in Trümmern

Zum Widerstand auf politischer Ebene, der die Anstrengungen Washingtons der US-Herrschaft ein irakisches Gesicht zu geben, torpedierte, kam der stetig wachsende bewaffnete Widerstand. Der einzige größere Erfolg der Besatzungstruppen, die groß in Szene gesetzte Gefangennahme Saddam Husseins im Dezember, hatte ihn so wenig zu dämpfen vermocht, wie die Ankündigung einer Teilsouveränität für den

kommenden Sommer.

Tatkräftig gefördert durch die US-amerikanische Besatzungsmacht erreichte der militärische Widerstand im März und April schließlich eine neue Qualität. Die erste Zuspitzung fand in Falluja, etwa 50 km westlich von Bagdad, statt, wo US-Truppen Anfang April eine großangelegte Strafaktion begannen, um sich für die Demütigung durch die Tötung und Leichenschändung von vier US-amerikanischen Söldnern zu rächen. Die Stadt wurde von der Außenwelt abgeriegelt und US-Einheiten versuchten in sie einzudringen. Sie stießen aber auf erbitterten Widerstand durch lokale Guerillaeinheiten und städtische Milizen und eskalierten daraufhin ihre Angriffe auf die 300.000 Einwohner der Stadt vom Boden und aus der Luft. Bis zu einem Waffenstillstand am Ostersonntag war die Zahl der irakischen Opfer auf über 600 gestiegen, über 1200 waren verletzt. Ihr ursprüngliches Ziel erreichte die US-Armee allerdings nicht und die belagerte Stadt wurde zum Symbol des Widerstands.

Parallel hierzu begann die Besatzungsbehörde mit provokativen Maßnahmen gegen die vom radikalen schiitischen Geistlichen Muktadar al Sadr geführte Bewegung. Al Sadr, Sohn des angesehenen Religionsführer Ayatollah Sadeq as-Sadr, der 1999 vom Baath-Regime hingerichtet wurde, hat vor allem unter den ärmeren sunnitischen Stadtteilen von Bagdad und in anderen Städten des Süden viele Anhänger. Al Sadr, der von Anfang an lautstark gegen die Besatzung wettete, war den USA schon lange ein Dorn im Auge. Doch auch als er ab August 2003 begann, unter dem Namen „Armee des Mahdi“ eine zunächst unbewaffnete Miliz aufzubauen, griff die Besatzungsmacht nicht ein. Zu groß war die Sorge, dadurch die mehrheitlich noch passive schiitische Bevölkerung gegen sich aufzubringen.

Diese Zurückhaltung wurde auf Anordnung Washingtons im März 2004 aufgegeben. Die CPA ging gegen Anhänger Al Sadrs vor und verordnete die Schließung der Bagdader Zeitung al Sadrs, „al-Hawza“. Es war nicht die erste solche Zensurmaßnahme, aber die folgenschwerste. Immer zahlreicher und heftiger protestierten Anhänger Al Sadrs gegen die Schließung und als die US-Truppen in Najaf auch noch einen engen Mitarbeiter Al-Sadrs gefangen nahmen und Besatzungstruppen das Feuer auf Demonstranten eröffneten, eskalierten Mitte April die Proteste. Es kam zu offenen Gefechten zwischen Besatzungstruppen und Angehörigen der „Mahdi-Armee“, denen sich weitere Iraker anschlossen. In einer Reihe schiitischer Städte entwickelten sie sich zu regelrechten Aufständen, in den südirakischen Städten Najaf, Kerbala, Nasirijah, Kufa, Kut, Diwanijah, sowie den Bagdader Stadtteilen Thawra, Shuala und Kadhimijah verloren die Besatzungsmächte völlig die Kontrolle. Arabische Politiker kommentierten voll Ironie, dass es nun den Truppen, die angeblich ins Land kamen, um Freiheit und Demokratie zu bringen, gelungen sei, durch die Schlie-

<sup>59</sup> Phyllis Bennis, „The Iraqi Constitution & Events in Spain“, *Institute for Policy Studies*, 16.3.2004, <http://www.ips-dc.org/comment/Bennis/iraqconspain.htm>

<sup>60</sup> Hana Ibrahim, „Confiscating Iraqis' Right to Work: The Most Dangerous Aspect of the The Constitution“, *International Occupation Watch Center*, March 29th, 2004

<sup>61</sup> Sistani: Iraq Interim Constitution Is 'Obstacle', *Reuters*, 8.3.2004

Bung von Zeitungen einen regelrechten Volksaufstand zu provozieren.<sup>62</sup>

Wenn es auch auf den ersten Blick reichlich verwegen scheint, trotz der Probleme mit der Guerilla im mittleren Teil des Iraks, auch noch eine bewaffnete Auseinandersetzung in den schiitischen Städten des Südens zu provozieren, so könnte dahinter durchaus ein logisches Kalkül der Besatzungsmacht stecken: Die radikalen Gegner zu einem Zeitpunkt zum Kampf zu provozieren, zu dem sie noch nicht ausreichend vorbereitet sind, anstatt zuzusehen, wie sich immer weiter personell verstärken und ihre organisatorischen Strukturen stärken.

Ungeachtet der breiten Ablehnung der Besatzung, sind die Iraker in der Tat alles andere als gut vorbereitet für einen langen Befreiungskrieg. Es mangelt nicht an Waffen und an zornigen, militärisch gut ausgebildeten jungen Irakerinnen und Irakern. Nach den vorangegangenen Kriegen und dem Embargo fehlen aber alle sonstigen Ressourcen und persönlichen Reserven für eine vorrausichtlich langandauernde Konfrontation mit der einzig verbliebenen Supermacht. Angesichts der Übermacht der USA und ihrer Verbündeten, sowie der Unterstützung, die sie auch von den kriegskritischen Mächten in Europa erhalten, können die Iraker kaum auf internationale Unterstützung hoffen. Es fehlt zudem noch eine weithin akzeptierte politische Führung, wie auch die politischen Strukturen, durch die eine solche rasch entstehen könnte. Die brutale Besatzungspolitik führt zwar offensichtlich zu einem beträchtlichen Einigungsdruck, doch nach drei Jahrzehnten Diktatur und massiven Repressionen gegen konkurrierende politische Kräfte, sowie deren Zersplitterung, ist es selbstverständlich nicht einfach, einen Konsens zwischen den verschiedenen Kräften herzustellen.

Gemäß Fuad Tarfi, einem Sprecher Al Sadrs, hatten dessen Anhänger zunächst tatsächlich gezögert, zurückzuschließen. „Wir haben den Zeitpunkt des Aufstands nicht gewählt, das taten die Besatzungstruppen“<sup>63</sup>

Diese hoffen nun, dass ihre Gegner ihr Pulver, d.h. ihre Abwehrraketen, Mörsergranaten usw. auf diese Weise frühzeitig verschießen. „Wenn wir uns nicht jetzt um diese Elemente und diese Individuen und diese Organisationen kümmern, werden diese Milizen sich an einem anderen Tag erheben und es ist besser, wir befassen uns jetzt mit ihnen, als nach dem 30. Juni“, so Dan Senor der Sprecher der CPA. Ausgesprochenes Ziel der USA war zudem, einen demonstrativen Trennungsstrich zu ziehen und allen

irakischen Kräften die Konsequenzen einer zu radikalen Opposition klar zu machen. Wer nicht bereit ist, sich innerhalb des engen angebotenen politischen Rahmens zu engagieren, so die Botschaft, riskiert wie Al Sadr, als Vogelfreier gejagt zu werden.

Offensichtlich ging der Schuss aber stark nach hinten los, da sich große Teile der Bevölkerung in den umkämpften Städten hinter die Kämpfer stellten und die Heftigkeit und Breite des Aufstands dadurch die Besatzer völlig unvorbereitet traf. Es gelang den Besatzungstruppen anschließend nicht mehr, die Kontrolle über alle Städte zurückzugewinnen.

Der politische Schaden wog schwer, widerlegten doch diese Volksaufstände im bisher ruhigeren schiitischen Süden gründlich die Propaganda von einem nur von Resten des alten Regimes und zugereisten Islamisten getragenen Widerstand. Zu offensichtlich war die Unterstützung breiter Teile der Bevölkerung und unübersehbar auch die gegenseitige Hilfe von Schiiten und Sunniten. In Falluja und später auch in Najaf sahen sich die US-Truppen zudem gezwungen, Verhandlungen mit Widerstandsgruppierungen zu führen. Damit erkannte die US Armee diese zum ersten Mal als ernstzunehmende politische Kraft an.

Vor die Wahl gestellt vor den Augen der Weltöffentlichkeit bei der Stürmung Fallujas ein noch größeres Blutbad anzurichten oder sich unverrichteter Dinge zurückzuziehen, wählten sie einen Kompromiss, der ihre Niederlage kaum verhüllt. Die Kontrolle der Stadt wurde einer neu aus Irakern gebildeten „Falluja-Brigade“ unterstellt, deren Führung ehemalige baathistische Offiziere der alten Armee übernahmen. Selbst den USA war klar, dass diese Brigade keine US-loyale Einheit sein würde und in ihre Reihen auch Kämpfer aufgenommen hatte, die zuvor die Stadt mit Waffen gegen die US-Truppen verteidigten. In der Stadt selbst wurde der Einzug dieser Brigade daher auch stürmisch wie ein Sieg gefeiert.<sup>64</sup> In Najaf einigten sich die USA mit der „Mahdi-Armee“ und dem „Schiitischen Rat“ („Beit Shia“) der Stadt, dem viele lokale Gruppen angehören, ebenfalls auf einen Waffenstillstand, in dem sie dem Rückzug ihrer Truppen aus den zentralen Stadtteilen akzeptieren musste.<sup>65</sup>

In den Reihen der irakischen Verbündeten Washingtons hatte es angesichts des brutalen Vorgehens der US-Truppen in Falluja heftig zu rumoren begonnen. Mehrere Mitglieder des „Regierenden Rats“ verurteilten die Strafaktion gegen eine gesamte Stadt, zwei traten sogar zurück. Das herbeibeordnete Bataillon der von den USA neu aufgestellten irakischen Armee weigerte sich in Richtung Falluja auszurücken und „Krieg gegen Iraker“ zu führen. Nach Angaben der Washington Post quittierten in diesen Tagen insge-

<sup>62</sup> Where to now, George? Ahmed Abdel-Halim, Mitglied des Ägyptischen Council for Foreign Affairs in *Al-Ahram Weekly*, 18.4.2004

<sup>63</sup> Herbert Docena, In Iraq, the show must go on, *Focus on the Global South*, 26.4.2004, <http://www.focusweb.org/main/html/Article289.html>

<sup>64</sup> Dahr Jamail, „Falludschas Rebellen feiern den ‘Sieg’“, *The NewStandard / ZNet* 12.05.2004

<sup>65</sup> Robert Fisk „The government rules only in the capital“, *The Independent*, 22.7.2004

samt etwa 20 bis 25 Prozent der irakischen Armee, der „Zivilverteidigung“, der Polizei und anderer Hilfstrophen den Dienst, verweigerten den Gehorsam oder wechselten die Seiten.<sup>66</sup> Dem britischen Independent zufolge musste das US-Militär sogar einräumen, dass im April 40 Prozent der irakischen Sicherheitskräfte desertierten und 10 Prozent die Seiten wechselten.

Die „Koalition der Willigen“ begann ebenfalls zu bröseln. Nach der Wahlniederlage von Bushs engem spanischen Verbündeten José María Aznar, kündigte die neue Regierung den Rückzug an, einige lateinamerikanische Länder, die Aznar zur Teilnahme genötigt hatte, folgten. Der polnische Premier äußerte gleichfalls Rückzugsabsichten, da er sich von Bush über die Kriegsgründe getäuscht fühlte.

Auch in den USA nahmen die prinzipiellen Zweifel an einem Erfolg im Irak weiter zu. „Wir sind gescheitert“ so beispielsweise William Odom, US-General im Ruhestand und ehemaliger Direktor des größten US-Geheimdienstes, der National Security Agency (NSA) in einem Interview mit dem Wallstreet Journal. Wenn es im Januar 2005 tatsächlich allgemeine Wahlen geben würde, so Odom, könne „niemand, der pro-amerikanisch ist, Legitimität gewinnen.“<sup>67</sup>

Die USA steckten offensichtlich mit ihrem Übergangsplan fest. Unterstützung im Irak hatten sie damit nicht gewinnen können, die Opposition gegen ihre Politik war stattdessen auch politisch noch viel breiter und stärker geworden. Den 30. Juni als Termin für einen Wechsel der Machtausübung im Irak wollten die USA aus innen- wie außenpolitischen Gründen dennoch auf alle Fälle halten.

## Die UNO kommt zu Hilfe

Aus dieser verfahrenen Situation konnte den USA nur noch die UNO helfen. Wenn Akzeptanz im Irak selbst nicht zu bekommen war, konnte allein der UN-Stempel dem „Transformationsprojekt“ noch ein gewisses Maß an Legitimation im Innern wie nach außen verschaffen. Der UN-Generalsekretär und sein Sondergesandter Lakhtar Brahimi folgten dem Hilferuf umgehend. Brahimi hatte den USA ja bereits etwas Luft verschafft, indem er die Wahlen zur Interimsregierung für nicht durchführbar erklärt hatte. Gleichzeitig hatte er aber Wahlen bis Ende des Jahres gefordert und sich gegen das in Washington mittlerweile ins Auge gefasste Verfahren gewandt, die Übergangsregierung durch Erweiterung des „Regierenden Rates“ zu bilden. Er schlug vor, diesen vollständig aufzulösen und eine Regierung aus unabhängigen Fachleuten zu bilden.

Die US-Administration lenkte – gegen erheblichen Widerstand aus den Reihen der Falken – ein. Im Ge-

genzug dafür übernahm Brahimi die Aufgabe eine solche Interimsregierung zusammenzustellen und mit dem moralischen Gewicht der UNO zu versehen. Brahimi, einst führender Repräsentant der algerischen Befreiungsbewegung und später algerischer Außenminister, hat einen guten Ruf in der arabischen Welt, der ihm im Irak den Zugang zu einflussreichen Kreisen eröffnete, die den Kontakt mit der Besatzungsmacht ablehnten. Er hoffte so, eine provisorische Regierung zusammenstellen zu können, die in der Lage sein sollte, zwischen den Besatzern und einem wesentlichen Teil des politischen Spektrums vermitteln zu können. Die reale Aufgabe glich dann allerdings der Quadratur des Kreises: die von ihm gewählten Kandidaten sollten in den Augen der Iraker als unabhängig, besser noch als Besatzungsgegner gelten, damit die Interimsregierung nicht wie eine Neuauflage des „Regierenden Rates“ erscheint. Sie mussten auf der anderen Seite aber auch das Vertrauen der USA haben.

Brahimi konnte sich am Ende mit seiner Auswahl gegen Bremer und die maßgeblichen Kräfte im „Regierenden Rat“ nicht durchsetzen und machte der Presse gegenüber keinen Hehl aus seiner Verärgerung: Gefragt, wie stark der Einfluss der US-Administration bei der Bildung der neuen Regierung sei, erinnerte Brahimi daran, dass es US-Statthalter Paul Bremer ist, der die Fäden im Irak in der Hand hält: „Bremer ist der Diktator des Irak. Er hat das Geld. Seine Unterschrift gilt.“<sup>68</sup>

Die Mannschaft, die Brahimi nach langem hin und her Anfang Juni präsentieren durfte, war überwiegend wieder aus den selben pro-amerikanischen Kräften zusammengesetzt, die auch in Bremers Rat saßen. Zwei Wochen später legte er auf diskrete Weise sein Amt nieder und begründete dies erst auf Nachfragen mit den großen Schwierigkeiten und Frustrationen bei seinem Einsatz im Irak.<sup>69</sup>

## Die „Übergangsregierung“ – „Souveränität“ per Definition

Die höchsten Posten in der Interimsregierung erhielten Männer, die bereits im „Regierenden Rat“ saßen, so der zum Präsidenten ernannte Unternehmer Scheich Ghazi Al Yawer und der neue Premierminister Iyad Allawi. Al Yawer lebte zuvor im Exil in Saudi Arabien und unterhält engste Verbindungen mit Washington. Als Neffe des Oberhauptes eines der größten Stämme Iraks, dem sowohl Schiiten als auch Sunniten angehören, genießt er dennoch einiges Ansehen im Land. Er hatte sich zudem durch Kritik an der Besatzungspolitik in den Monaten zuvor zusätzli-

<sup>66</sup> „Iraqi Battalion Refuses to Fight Iraqis“, *Washington Post*, April 11, 2004

<sup>67</sup> Jim Lobe, „US On the Brink Over Iraq“, *Inter Press Service*, 1.5. 2004, <http://www.antiwar.com/lobe/?articleid=2456>

<sup>68</sup> „Bremer the 'dictator of Iraq' in forming government“, *Knight Ridder Newspapers*, 2.6.2004

<sup>69</sup> „Brahimi quits post as UN envoy in Iraq“, *Haaretz*, 13.6.2004

che Reputation verschafft.<sup>70</sup> Seine Ernennung zum rein repräsentativen Präsidentenamt hat nur symbolischen Wert. Die Besatzungsmächte wie die UNO-Diplomaten hoffen aber, so die Londoner Times, dass „diese Symbolik die Iraker davon überzeugt, dass sie wirklich ihre Souveränität zurückgewinnen und die Angriffe der Guerilla aufhören, die der 14-monatige Besatzung schwer zugesetzt haben.“<sup>71</sup>

Der Chef dieser Regierung, Allawi, kann dazu nichts beitragen. Er war ab 1961 enger Weggefährte Saddam Husseins, arbeitete in den 70er Jahren in London als Spitzel für den irakischen Geheimdienst und kam über den britischen Geheimdienst MI6 zur CIA. 1990 hatte er mit saudischer Unterstützung aus ehemaligen Militärs und Spitzenpolitikern der Baath-Partei die Exilorganisation „Iraq National Accord“ (INA) gebildet. Diese führte Mitte der 90er Jahre unter seiner Führung Terroranschläge im Irak aus. INA-Mitglieder zündeten Autobomben, jagten Schulbusse in die Luft und verübten Sabotageakte. Nach irakischen Angaben kamen dabei auch viele Zivilisten ums Leben. Ein von ihm organisierter Putschversuch gegen Saddam Hussein 1996 scheiterte kläglich.<sup>72</sup>

Als CIA-Offizier lieferte er auch einen guten Teil des Materials, mit dem die Geheimdienste ihre Bedrohungsanalysen über den Irak aufpeppten. So geht auf ihn wohl auch die von Tony Blair benutzte Kriegslüge zurück, Saddam hätte innerhalb von 45 Minuten Massenvernichtungswaffen einsetzen können.<sup>73</sup>

Neben Allawi gehören mindestens sieben weitere neue Regierungsmitglieder Organisationen an, die von den USA finanziert werden. Das Urteil vieler Iraker, dass auch die Interimsregierung nur aus Marionetten der USA bestehe, ist daher verständlich.<sup>74</sup> Die meisten Mitglieder der neuen Regierung sind ausländische Staatsbürger, tragen britische, amerikanische oder französische Pässe und haben dort auch noch ihren Wohnsitz und ihre Familie – ebenso wie viele Mitglieder des abgelösten „Regierenden Rat“ und dessen Minister, die nun wieder zurück in ihre Herkunftsländer, Unternehmen und Jobs zurückkehrten.<sup>75</sup>

Alle einflussreichen Posten wurden unter den fünf maßgeblichen pro-amerikanischen Organisationen aufgeteilt. Das sind die beiden kurdischen Parteien PUK und KDP, die am stärksten vertreten sind, der Iraqi National Accord und die schiitischen Parteien Daawa und SCIRI. Nicht mehr dabei ist der Irakische

Nationalkongress des früheren Pentagonfavoriten Ahmed Chalabi. Nur die im Moment reichlich hilflosen Ressorts Gesundheit, Erziehung, Landwirtschaft, Elektrizität, Umwelt, Arbeit und Soziales erhielten Leiter, die Brahimis Vorstellungen entsprachen: Der neue Gesundheitsminister z.B. arbeitete früher bei der WHO, andere vor Ort für die UNO, als Wissenschaftler an irakischen Universitäten oder als leitende Ingenieure in staatlichen irakischen Institutionen.<sup>76</sup>

In Washington war nie ein Geheimnis daraus gemacht worden, dass die Übergangsregierung nur wenige Befugnisse erhalten wird, weder die freie Verfügung über die für den Wiederaufbau bereitgestellten Gelder und die Einkommen aus den Ölexporten, noch die Kontrolle über die US-geführten Gefängnisse und Lager. Die irakische Justiz wird – ungeachtet aller Folterberichte – auch zukünftig keinen Einfluss auf die Gefangenschaft irakischer Bürger dort haben und auch keine Möglichkeiten Verbrechen von Besatzungssoldaten auf irakischem Territorium zu verfolgen, von Schadensersatz für die angerichteten Schäden ganz zu schweigen. Da der Interimsregierung explizit untersagt ist, wesentliche Gesetze zu ändern, bleibt auch die Anweisung Bremers in Kraft, die Angehörige der „Koalition“, Soldaten wie Zivilisten, Immunität vor Strafverfolgung durch irakische Gerichte garantiert. Am 26. Juni, zwei Tage vor Auflösung der CPA, unterzeichnete der scheidende Statthalter einen weiteren Erlass, der auch Mitarbeitern von US-amerikanischen und anderen westlichen Unternehmen während der Durchführung ihrer Aufträge im Irak Immunität vor dem irakischen Gesetz zusichert.<sup>77</sup> Dadurch können beispielsweise private Söldner selbst im Falle von Raub oder Mord vor irakischen Gerichten nicht belangt werden.

Eine Einschränkung der Befugnisse der provisorischen Regierung war auch eine Forderung der Iraker gewesen, die wie Ayatollah Al-Sistani eine Verschiebung der Wahlen schließlich akzeptierten. Sie sollte als demokratisch nicht legitimierte Autorität keine Entscheidungen treffen dürfen, die über die kurze Periode bis zur Einsetzung einer gewählten Regierung fortwirken würden. Konterkariert wurde diese vernünftige Beschränkung aber durch die Arbeit der Besatzungsbehörde, die obwohl noch weniger legitimiert, die Weichen auf viele Jahre hinaus stellte. Interessanterweise kann die Interimsregierung durchaus mit internationalen Konzernen längerfristige Verträge schließen. Da sie durch den Sicherheitsrat legitimiert wurde, erhalten ausländische Unternehmen somit mehr Rechtssicherheit für ihr Engagement im Irak als durch frühere Abkommen mit der Besatzungsbehörde.

Insgesamt hatte Bremer bis zum Ende seiner Amtszeit

<sup>70</sup> „Where Is the Democracy? Iraqis' Opinion of the New Interim Government“, *IslamOnline*, 3.6.2004

<sup>71</sup> *The Times*, 2. 6. 2004

<sup>72</sup> „Allawi's rocky road to the top“ und „Hard man for a tough country“, *Sydney Morning Herald*, 17.7.2004

<sup>73</sup> „Exiled Allawi was Responsible for 45-Minute WMD Claim“, *Independent*, 29.5.2004

<sup>74</sup> „The street speaks - Iraq's UN-backed government is made up of CIA pawns“, *The Independent*, 10.6.2004

<sup>75</sup> „New leaders in Iraq have deep ties to U.S.“, *International Herald Tribune*, 8.6.2004

<sup>76</sup> „The interim government leaders“, *Council of Foreign Relations*, [http://www.cfr.org/background/background\\_iraq\\_ministers.php](http://www.cfr.org/background/background_iraq_ministers.php)

<sup>77</sup> „Public Note“ der CPA vom 26. Juni 2004: <http://www.iraqcoalition.org/regulations/>

über 100 Dekrete („Orders“) und ergänzende Memoranden mit Gesetzeskraft erlassen, ein Fünftel davon noch schnell in den Wochen vor der formalen Übergabe der Regierungsgeschäfte.<sup>78</sup> Diese Verordnungen und Erlasse bleiben, falls sie nicht durch seinen letzten Erlass, der die Übergabe regelt („Order 100“), explizit aufgehoben wurden, auch nach Auflösung der Besatzungsbehörde gültig. Sie können – solange sich irakische Institutionen an die verordneten Spielregeln gebunden fühlen – erst durch eine gewählte Regierung in einem förmlichen Verfahren außer Kraft gesetzt werden. Je nach Auslegung gilt dies erst für eine Regierung, die auf Basis einer permanenten Verfassung, also frühestens in 18 Monaten, gewählt wurde.<sup>79</sup>

Bremer und seine Leute äußerten sich dem *Guardian* gegenüber optimistisch, dass ihr Werk eine gehörige Zeit überdauern wird. Die US-amerikanischen Juristen, die die Gesetze ausgearbeitet haben, bleiben auch nach Auflösung der CPA im Irak, um als „Ratgeber“ der provisorischen Regierung „ihre Gesetz am Leben erhalten“. Insgesamt sind mehr als 200 „Experten“ aus den USA als „Berater“ in den 28 irakischen Ministerien tätig und sorgen im Stile klassischer Kolonialbeamter, dass alles den gewünschten Weg geht. Zudem hat Bremer für jedes Ministerium einen „Generalinspekteur“ mit einer Amtszeit von fünf Jahren bestimmt, der alle Tätigkeiten der Behörde kontrollieren soll.<sup>80</sup>

Auch ein „Nationaler Sicherheitsberater“ und einen Generalinspektor für den neuen irakischen Geheimdienst („Iraqi National Intelligence Service“, INIS) wurden ernannt, die die Oberaufsicht über Training und Organisation der irakischen Armee und des Geheimdienstes übernehmen sollen. Die Schlüsselrolle des Nationalen Sicherheitsberaters wurde mit Mowaffak Al-Rubaie besetzt, der bereits als Mitglied des „Regierenden Rats“ für die USA einer der wichtigsten Strippenzieher im Irak war. Al-Rubaie ist vom Fach: gemäß *Newsweek* war er in den 1980er

Jahren „der internationale Sprecher einer der gefürchtetsten Terrororganisationen des Mittleren Ostens – der irakischen Daawa Partei.“<sup>81</sup>

Vorgesorgt hatte Bremer zudem durch die Einrichtung und Besetzung verschiedenster wichtiger Kommissionen und Institutionen. So ernannte die CPA Hunderte Richter und Staatsanwälte und schuf zusätzlich einen „Zentralen Strafgerichtshof“, der vor allem für „organisiertes Verbrechen“ und „Terrorismus“ zuständig sein soll. Ihm überstellen die USA nun die Gefangenen, für deren Taten sie genügend Beweise zu haben glauben (die meisten anderen bleiben als „Sicherheitsgefangene“ in den US-geführten Lagern und Gefängnissen).<sup>82</sup> Der neue Gerichtshof ist eine seltsam gemischte juristische Institution, in der US-amerikanische Juristen Strafsachen für irakische Ankläger vorbereiten, die sie irakischen Richtern vorlegen, die wiederum von Bremer ausgewählt wurden.<sup>83</sup>

Großen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung wird auch die Einrichtung einer 7-köpfigen „Wahlkommission“ haben, die über die Zulassung von Kandidaten und Parteien entscheiden wird, sowie eine „Medien- und Kommunikations-Kommission“, die zuständig für Fernsehizenzen und die Regulierung der Mobiltelefonnetze ist und das Recht hat Zeitungen Sanktionen aufzuerlegen oder zu schließen. Die Amtszeiten betragen ebenfalls jeweils fünf Jahre.

Die neu geschaffenen Kommissionen übernehmen somit zeitlich weit über die sogenannte „Übergangsperiode“ hinaus, nahezu alle Befugnisse, die bisher die entsprechenden Ministerien innehatten, stellte auch das *Wall Street Journal* fest. Bremer habe so „in alle Stille“ Institutionen geschaffen, die „den USA mächtige Hebel in die Hand geben, um jede wichtige Entscheidung der Interimsregierung beeinflussen zu können.“<sup>84</sup>

### Legitimierung durch den UN-Sicherheitsrat – die Resolution 1546

Von einer „Machtübergabe“ und der „Wiederherstellung irakischer Souveränität“ kann also nicht die Rede sein, bestenfalls kann man in diesem Zusammenhang von der Übertragung administrativer Befugnisse sprechen. Ungeachtet ihrer begrenzten Macht, waren sich Lakhtar Brahimi und Kofi Annan aber nicht zu schade, diese Regierung als „souverän“ zu bezeichnen. Zweifeln, die auf die fortgesetzte militärische Kontrolle des Landes durch das US-Militär hinwiesen, warf Brahimi einen „zu legalistischen“

<sup>78</sup> siehe CPA, <http://www.iraqcoalition.org/regulations/> Nach Ansicht Mahmoud Othmans, einem kurdischen Politiker und IGC-Mitglied, begann die Besatzungsbehörde hastig Gesetze zu forcieren als klar wurde, dass die Besatzung formal bald enden würde. „Washingtons frühere Pläne sahen eine längere Besatzung vor.“ „Iraq Gov't Must Abide by U.S.-Made Laws“, *The Guardian*, 27.6.2004

<sup>79</sup> siehe Artikel 26 der Interimsverfassung (TAL), deren Annex vom 1.6.2004, sowie Order 100 der CPA, Sections 2 Artikel 26 des TAL bestimmt, dass alle Gesetze, einschließlich der Erlasse der CPA, in Kraft bleiben, bis sie vom „Iraqi Transitional Government“ geändert oder außer Kraft gesetzt werden. Mit „Transitional Government“ wird die erste, auf Basis der TAL gewählte Regierung bezeichnet. Die „Interim Government“ genannte Regierung, die am 28. Juni eingesetzt wurde, kann zwar gemäß Annex zum TAL mit der Mehrheit des „Kabinetts“ und der Zustimmung des Präsidenten Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen, diese dürfen aber nicht über die Übergangsperiode hinauswirken.

<sup>80</sup> siehe „Order 57“, der CPA:

<http://www.iraqcoalition.org/regulations/>

<sup>81</sup> „Iraq's Mr. Cellophane“, *Newsweek*, Dec. 29/ Jan. 5 issue

<sup>82</sup> Carl Conetta a.a.O., „Making Wheels of Justice Turn in a Chaotic Iraq“, *The New York Times*, 1.8.2004

<sup>83</sup> Phyllis Bennis, Left Behind: The False „Hand-Overs“ of Iraq & Saddam Hussein, *Institute for Policy Studies*, July 5th, 2004, <http://www.ips-dc.org/comment/Bennis/aftertrans.htm>

<sup>84</sup> „Behind the Scenes, US Tightens Grip on Iraq's Future“, *Wall Street Journal*, 13.5.2003

Ansatz vor. „Souveränität“ bedeute für ihn, „das formale Ende der Besetzung“. „Es wird eine Regierung geben, die souverän sein wird und die diese Souveränität ausüben wird.“ Mit anderen Worten „Souveränität“ per Definition und nicht aufgrund realer Macht. Man habe den „Realitäten Rechnung zu tragen“ und dazu würden auch die 150.000 ausländische Soldaten gehören, die am 1. Juli nicht einfach verschwinden würden. Es werde aber eine Machtübergabe sein, da die CPA aufgelöst und Herr Bremer gehen würde, so die fortgesetzte Rosstäuscherei des UN-Vertreters.

In der expliziten Hilfestellung der UNO drückt sich die Unterstützung der anderen mächtigen, einst kriegskritischen Staaten für die US-Politik im Irak aus. Deutschland und Frankreich sehen es zwar nicht ungerne, dass die USA und Großbritannien mit ihrer unilateralen Aggressionspolitik in Schwierigkeiten geraten sind, fürchten aber aus eigenem Interesse deren völliges Scheitern im Irak. Dies würde einen gewaltigen Rückschlag für den Einfluss aller westlichen Staaten in einer Region bedeuten, die auch für sie wirtschaftlich vital ist.

Sie forderten allerdings, wie auch Russland, mehr Befugnisse für die Übergangsregierung, einen Zeitplan für den Truppenrückzug und mehr Mitsprache der UNO – und damit auch für sich. Gegen die US-Pläne, in einer neuen Irak-Resolution die irakischen Sicherheitskräfte dem Oberbefehl der USA zu unterstellen, hatte der Beauftragte für die EU-Außenpolitik, Javier Solana, sogar „große Kämpfe“ angekündigt.<sup>85</sup>

Es wurde ein Sturm im Wasserglas. Die Europäer verzichteten darauf die Notlage der US-Regierung auszunutzen: Nach nur geringfügigen Änderungen an dem von den USA und Großbritannien vorgelegten Entwurf, verabschiedete der Sicherheitsrat die Resolution 1546, die den geplanten „Übergangsprozess“ absegnete. Sie „unterstützt die Bildung einer souveränen Interimsregierung“, die „die volle Verantwortung und Autorität“ übernehmen würde. Sie „begrüßt“, dass am 30. Juni 2004 „die Besetzung enden und die Provisorische Behörde der Koalition zu bestehen aufhören“ würde und der „Irak wieder seine uneingeschränkte Souveränität geltend machen“ könne. Der Zeitplan des Übergangsprozess wurde ebenfalls gebilligt, der Wahlen zu einer „Übergangsnationalversammlung“ bis spätestens 31. Januar 2005 vorsieht. Diese soll u.a. eine neue repräsentative Übergangsregierung bestimmen und innerhalb eines weiteren Jahres eine permanente Verfassung entwerfen, auf deren Basis dann bis Januar 2006 eine verfassungsmäßige Regierung gewählt werden soll. Nach den völkerrechtlich gleichfalls mehr als fragwürdigen Resolutionen 1483 und 1511 war dies die

<sup>85</sup> James Conachy, „US-Offizier droht Massaker in Falludscha an“, *WSWS*, 24. April 2004

dritte massive Hilfestellung der im Sicherheitsrat mit tonangebenden Staaten Frankreich, Russland und Deutschland. Sie gestanden damit – unter Missachtung der UN-Charta und damit in einem illegalen Akt – den Staaten, die den Irak unter Bruch des Völkerrechts überfielen, weitgehende und langfristige Verfügungsgewalt über ihre Kriegsbeute zu.

Darüber hinaus – ein Aspekt der wenig beachtet wird – gibt die Resolution den USA und Großbritannien auch Rückendeckung dabei, sich aus den Pflichten einer Besatzungsmacht davonzustehlen. In den Bereichen, wo es um diesen Aspekt geht, hatten sie es sehr eilig mit der irakischen Selbstverwaltung: bereits im Mai entließen sie die Ministerien für Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung, Elektrizität, Öffentliche Arbeiten, Wissenschaft, Technologie und Kultur in die „Unabhängigkeit“ und machten sie von nun an allein verantwortlich für die Misere ihrer Ressorts.<sup>86</sup>

Den Weg frei für den Resolutionsentwurf der Besatzungsmächte machte ein Brief des neuen Ministerpräsidenten Allawi, in dem er – noch gar nicht richtig im Amt – pflichtgemäß seine Auftraggeber um den Verbleib ihrer Truppen im Land bat. Der US-Außenminister sicherte seinerseits in einem Brief zu, dass sich die Besatzungstruppen bei militärischen Operationen, die sie gemeinsam mit der irakischen Armee durchführen werden, mit der Interimsregierung „abstimmen“ wollen und sie diese darüber hinaus über ihre sonstigen Tätigkeiten „auf dem laufenden halten“ und „konsultieren“ würden.<sup>87</sup> Auf diese Briefe, die gemäß der Resolution eine „Sicherheitspartnerschaft“ begründen, wird in weiteren Text mehrfach Bezug genommen. Es ist eine „Partnerschaft“ zwischen Herr und Knecht, die tatsächliche Befehlsgewalt der US-Armee wird an keiner Stelle eingeschränkt. Die Ermächtigung aus Resolution 1511 wird noch einmal bekräftigt, die die „multinationalen Truppen“ – wie die Besatzungstruppen in den UN-Dokumenten genannt werden – legitimiert, „alle notwendigen Maßnahmen“ zu ergreifen, um für die „Aufrechterhaltung der Sicherheit und Stabilität im Irak“ zu sorgen, „einschließlich der Verhütung und Abschreckung des Terrorismus“. Diese „multinationalen Truppen“ sollen, wie auch die irakischen Sicherheitskräfte, unter dem Oberkommando der US-Armee verbleiben, bei der auch weiterhin die alleinige Entscheidungsgewalt liegt.

Auf den „Terrorismus“ im Irak wird mehrfach Bezug genommen. Unter diesem Begriff wird nun – nach der Legitimierung einer „souveränen“ Regierung

<sup>86</sup> Die Ressortleiter der „unabhängigen Ministerien“ blieben als Minister der Interimsregierung im Amt, siehe „Iraq's interim cabinet“, *IslamOnline*, <http://www.islamonline.net/English/News/2004-06/01/article01a.shtml>

<sup>87</sup> Beide Briefe sind in dt. Übersetzung unter <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/un-res-anlagen.html> dokumentiert.

durch die UNO – mehr den je, der gesamte Widerstand subsummiert werden.

Zwar konnte die Bush-Regierung jene Textpassage nicht verhindern, wonach das Mandat der Besatzungstruppen automatisch ausläuft, sobald Anfang 2006 eine verfassungsgemäß gewählte Regierung die Amtsgeschäfte in Bagdad übernimmt. Sie dürfte ihr aber ebenso wenig Sorgen machen, wie die Bestimmung, dass „dieses Mandat früher beendet wird, wenn die Regierung des Iraks darum ersucht.“ Bis Ende 2005 dürfte ein Abkommen, dass die weitere Truppenpräsenz regelt unter Dach und Fach sein und da die Interimsregierung keinen Tag ohne den Schutz der Besatzungstruppen überleben würde, ist ein Rückzugsersuchen ihrerseits auszuschließen.

Den Weg zu einer militärischen Unterstützung der Staaten, die weiterhin keine – wie auch immer bezeichneten – Besatzungstruppen stellen wollen, soll Absatz 13 ebnen, der den Aufbau einer eigenen Einheit zum Schutz der UN-Präsenz im Irak bestimmt. Auch diese „UNO-Truppen“ würden allerdings unter dem Kommando der „multinationalen Truppen“, also dem Oberbefehl der US-Armee stehen.

Die angeblich „führende Rolle“ der Vereinten Nationen bleibt auf Beratungstätigkeit der Interimsregierung bei der Vorbereitung von Wahlen und beim zivilen Wiederaufbau und der humanitären Hilfe beschränkt.

Absatz 24 beschließt, dass die Erlöse aus Verkäufen von Erdöl, Erdgas und Erdölprodukten weiterhin ausschließlich in den „Entwicklungsfonds für den Irak“ fließen werden. Der Fonds soll weiterhin vom „Internationalen Überwachungsbeirat“ IAMB überwacht werden. Diesem gehören bisher u.a. ein Vertreter des UN-Generalsekretärs, der Direktor des Internationalen Währungsfonds und der Präsident der Weltbank“ an. Er soll nun um einen Vertreter der irakischen „Regierung“ erweitert werden. Weiter heißt es, der Sicherheitsrat „stellt fest, dass nach Auflösung der CPA die Mittel dieses Fonds allein gemäß den Anweisungen der Regierung Iraks ausgezahlt“ würden. Dies ist eine bewusste Verschleierung der Verhältnisse: Nicht erwähnt wird der Aufsichtsrat des Fonds (Program Review Board), der ihn tatsächlich verwaltet. Auch dieser Aufsichtsrat untersteht zwar seit Juli der provisorischen Regierung, die Vertreter der US-amerikanischen Besatzungsmacht haben aber darin weiterhin die Mehrheit.<sup>88</sup>

Ausdrücklich bestätigt wird auch der Passus aus Resolution 1483, wonach mit den Exporten von Öl, Gas und Erdölprodukten „nach bester Praxis des Weltmarktes“ verfahren werden soll, womit dem Irak de facto die Einhaltung der Preis- und Förderquotenregelungen der OPEC untersagt wird. Dies ist eine massi-

ve Beschränkung irakischer Souveränität unmittelbar durch den UN-Sicherheitsrat selbst, dürfte aber auch im Interesse Frankreichs und Deutschland liegen. Wird der Irak damit „aus dem OPEC-Verbund herausgebrochen, so wird dieses einzige Rohstoffkartell der vormaligen Dritten Welt nicht mehr funktionieren,“ so der Kasseler Politikwissenschaftler Prof. Werner Ruf. „Den Regeln des Weltmarkts, wird endlich auch hier zum Durchbruch verholfen.“<sup>89</sup>

Wo die Prioritäten der deutschen und französischen Regierung liegen, machten sie in Stellungnahmen deutlich, in der zwar Skepsis über die Praxistauglichkeit des nun eingeleiteten Übergangsprozess durchschienen, aber vor allem Genugtuung darüber geäußert wurde, dass die USA nun doch wieder auf sie zugehen und um ihre Mitarbeit ersuchen mussten. Auch in pro-amerikanischen Medien wunderte man sich jedoch, warum sie angesichts der schwierigen Lage, in der sich die USA befand, nicht mehr Zugeständnisse durchzusetzen versuchten.

Auf dem NATO-Gipfel Ende Juni 2004 in Istanbul, näherten sich die Supermacht und die „Kriegsgegner“ weiter an. Die NATO bot weitere Unterstützung bei der Besatzung an, insbesondere beim Aufbau irakischer „Sicherheitskräfte“. Auch Bundeskanzler Gerhard Schröder erneuerte sein Angebot, die aus Irakern gebildeten Hilfstruppen der USA durch die Bundeswehr militärisch auszubilden, allerdings nicht im Land selbst.

Der NATO-Gipfel ließ offen, welchen Umfang und welchen Finanzrahmen die Unterstützung schließlich annehmen wird. Der Forderung der USA nach einer direkten Truppenpräsenz der NATO im Irak erteilte vor allem Frankreichs Präsident Jacques Chirac noch eine klare Absage. Sie wird dennoch bald im Irak präsent sein: der Aufbau eines NATO-Verbindungsbüro in Bagdad ist schon fest geplant.<sup>90</sup>

Auch wenn die Resolution zweifelsohne ein großer diplomatischer Erfolg der Bush-Administration war und die Zugeständnisse, die sie in der Auseinandersetzung im Sicherheitsrat machen mussten, geringer ausfielen als befürchtet, so ist die Durchsetzung ihres nun mit UN-Mandat versehenen „Übergangsprogramms“ kein glatter Sieg für sie.

Die US-Regierung wurde zu einem Zeitplan gedrängt, der eigentlich nicht ihren Intentionen entsprach. Es ist schließlich nicht zu erwarten, dass sie in dem verbleibenden halben Jahr bis zu den ersten Wahlen, durch „Demokratiepromotion“ eine ausreichende Basis im Lande schaffen, mit der pro-amerikanische Kräfte bei freien Wahlen bestehen können.

---

Unter den jetzt 12 stimmberechtigten Mitgliedern des Boards sind zwei Iraker, ein Brite, ein Australier und 8 US-Amerikaner. (siehe Regulation 2 und 3 plus Anhänge unter <http://www.iraqcoalition.org/regulations/> )

---

<sup>89</sup> Werner Ruf, „Resolution 1546 des UN-Sicherheitsrats oder: Wie souverän wird der Irak?“, *FriedensJournal* Nr. 4 / Juli 2004, <http://www.friedens-und-zukunft.de/friedensjournal/archiv/texte/jahr2004/ruf01.html>

<sup>90</sup> siehe „NATO bald auch im Irak – Die Bundesregierung ist auf Kriegsunterstützungskurs“, IMI-Standpunkt 2004/035 v. 2.7.2004, <http://www.imi-online.de/2002.php3?id=998>

Sie werden daher gezwungen sein, die Wahlen zu verschieben oder in ihrem Sinne zu manipulieren. In beiden Fällen wird sich dadurch die politische Situation noch weiter zuspitzen – allerdings erst nach der Präsidentenwahl in den USA und das ist für Bush und seine Mannschaft im Moment das wichtigste.

Das wesentlichste Zugeständnis in der Auseinandersetzung um die neue Irak-Resolution mussten sie, kaum bemerkt von der westlichen Öffentlichkeit, ihren Gegnern im Irak selbst machen: Die Übergangsverfassung und das dort definierte föderale System wird, wie u.a. von Ayatollah Al-Sistani gefordert, in der Resolution nicht erwähnt. Al-Sistani hatte in einem Brief an Kofi Annan den Sicherheitsrat und die USA noch einmal eindringlich davor gewarnt, diesen Gesetzestext als Verfassung anzuerkennen: „jeder Versuch, ihm durch Erwähnung in der UN Resolution Legitimation zu verschaffen,“ würde „als eine dem Willen des irakischen Volkes entgegengesetzte Tat betrachtet werden und als ein Vorbote schwerwiegender Folgen“ betrachtet werden.<sup>91</sup>

Trotz der Bedeutung, die US-Strategen der Übergangsverfassung beimessen, verzichteten sie tatsächlich auf jegliche Erwähnung. Diese Rücksichtnahme erzürnte jedoch ihre kurdischen Verbündeten massiv, die mit einem Boykott der neuen Regierung drohten. Washington sitzt hier offensichtlich in einer prinzipiellen Zwickmühle, die ebenfalls auf die Labilität des gesamten Projekts hinweist.

## **„Souveränität“ mit vorgehaltener Pistole – der „Übergangsprozess“ in der Praxis**

*„In internen Angelegenheiten hat sie [die Regierung] genau die gleiche Unabhängigkeit wie ein Hund an der Leine. Solange der Hund friedlich und heiter an der Seite seines Herrn trotzt – und in die gleiche Richtung – ist er ziemlich frei; sobald er sich in irgendeinem anderen Winkel zu bewegen beginnt, spürt er den Zug sofort.“*

George Kennan 1939 über die Regierung der Slowakei<sup>92</sup>

## **„Die Iraker haben diese Lüge schon einmal erlebt“**

Die formale Übergabe der Regierungsgeschäfte an die Truppe um Iyad Allawi wurde ohne Vorankündigung und ohne die sonst übliche, medienwirksam inszenierte Show in Allawis Büro vollzogen. Kein

<sup>91</sup> Juan Cole, „UN Resolution Passes Unanimously -- Sistani the Big Winner; Kurds Furious“, *Informed Comment*, [http://www.juancole.com/2004\\_06\\_01\\_juancole\\_archive.html#108676099298442267](http://www.juancole.com/2004_06_01_juancole_archive.html#108676099298442267)

<sup>92</sup> Zitiert nach Prof. Sir Adam Roberts „The End of occupation in Iraq“, <http://www.ihlresearch.org/iraq/feature.php?e=y&a=51>

Staatschef und kein Minister der Besatzungsmächte war zugegen. Paul Bremer übergab seine letzte Order und die Ernennungsurkunden an seine Quislinge und schlich sich anschließend aus dem Land. Die USA und ihre neue Hilfsregierung wollten so den voraussichtlich für den 30. Juni geplanten Aktionen des Widerstands zuvorkommen. Sie gaben damit aber für einen angeblich so historischen Tag, der zum neuen Nationalfeiertag werden soll, eine recht jämmerliche Vorführung, die sehr deutlich demonstrierte, wie es um die tatsächlichen Verhältnisse steht. Während anschließend George Bush und Tony Blair zu Hause in feierlichen Worten von einem strahlenden Neubeginn sprachen, der nun vor dem Irak liege, war die Stromversorgung mit steigender Hitze wieder von 12 Stunden auf 6 Stunden pro Tag gefallen und die Schlangen vor den Tankstellen auf 3 km gewachsen.<sup>93</sup>

Die neue Hilfsregierung lies von Anfang an keine Zweifel daran aufkommen, in welche Richtung sie marschieren wird. Iyad Allawi hatte schon vor seiner Ernennung drastische Maßnahmen zur Niederschlagung der Opposition angekündigt, sein „Verteidigungsminister“ sprach offen davon ihren Gegnern „wenn es sein muss, die Kehlen durchzuschneiden.“<sup>94</sup> Nach einem Bericht der seriösen Tageszeitung *Sydney Morning Herald* soll Allawi hierbei selbst mit „gutem Beispiel“ vorgegangen sein. Nach unabhängigen Zeugenaussagen hat er Mitte Juni sechs als aufständisch Verdächtige in einer Polizeistation in Bagdad eigenhändig erschossen und erklärt, das sei der „einzig richtige Weg“, um mit den Aufständischen umzugehen. Er werde alle decken, die ihm nacheiferten.<sup>95</sup>

Zehn Tage nach seinem Amtsantritt verabschiedete seine Junta ein Paket von Notstandsverordnungen, die dem Junta-Chef und den Besatzungstruppen weitgehende Vollmachten erteilen. Mit Zustimmung des Präsidenten und seiner beiden Stellvertreter, kann er beliebig das Kriegsrecht überausgewählte „Unruheregionen“ verhängen, Militärgouverneure einsetzen, Versammlungsverbote und Ausgangssperren verordnen, den Zugang und die Kommunikation zu entsprechenden Gebieten sperren bzw. überwachen, sowie Verdächtige für unbestimmte Zeit und ohne Kontakt zur Außenwelt festhalten lassen.<sup>96</sup> – Die Besatzungstruppen können somit ihre bisherige Tätigkeit mit einer förmlichen Ermächtigung ausüben – für manche ist der Irak damit schon auf dem Weg zum Rechts-

<sup>93</sup> Patrick Cockburn, „Baghdad fumes as the Americans seek safety in 'tombstone' forts“, *The Independent*, 12 June 2004

<sup>94</sup> *Der Standard* 18./19. Juni 2004

<sup>95</sup> „Allawi shot prisoners in cold blood: witnesses“ *Sydney Morning Herald*, 17.7.2004 „Geht die Willkürherrschaft weiter?“, *telepolis* 17.7.2004,

<http://www.telepolis.de/deutsch/special/irak/17896/1.html>

<sup>96</sup> „Iraq's PM poised for martial law“, *Christian Science Monitor*, 7.7.2004

staat,<sup>97</sup> für andere auf den Weg in die Diktatur.<sup>98</sup>

Wie Journalisten vor Ort schon in den Wochen zuvor erfahren konnten, verband die Mehrheit der Iraker mit der Etablierung der Interimsregierung keine wesentliche Änderung des Besatzungszustandes ihres Landes.<sup>99</sup> Intellektuelle, wie der frühere UN-Botschafter des Landes Dr. Mohamed al-Douri wiesen die Vorstellung einer „begrenzten Souveränität“ zurück. Souveränität bedeute die vollständige Kontrolle über das Land, den Luftraum, die Bodenschätze, die Wirtschaft und das Militär. Wenn dies nicht gegeben ist, so wäre dies nicht eine „begrenzte Souveränität“, sondern schlicht gar keine.<sup>100</sup> „Derselbe Esel, ein anderer Sattel“ so das Urteil der irakische Schriftstellerin Haifa Zangana über die Interimsregierung nach einem irakischen Sprichwort. „Die Iraker haben diese Lüge schon einmal erlebt“ fährt sie fort, die „britische ‚Übergabe der Souveränität‘ in den 20er Jahren war genauso bedeutungslos.“

Niemand im Irak erwartete, dass sich die persönliche Lage verbessern würde. Wenig wahrscheinlich erscheint den meisten auch, dass es bis Januar 2005 tatsächlich einigermaßen faire Wahlen geben wird, insbesondere nach dem Vorgeschmack den ihnen die Zusammenstellung der „Nationalversammlung“, die auch Teil des Übergangsszenariums ist, im Laufe des Julis gab. Sie sollte eigentlich ein breites Spektrum politischer Kräfte umfassen und die Interimsregierung beraten, und so den Anschein eines Quasi-Parlaments wecken. Auch hier sicherten sich aber die im „Regierenden Rat“ und in der Interimsregierung dominierenden Parteien die überwiegende Mehrheit der Sitze. Die meisten gegen die Besatzung opponierende Gruppierung hingegen boykottieren die Ver-

<sup>97</sup> „Der Irak ist ein Rechtsstaat“, Berliner Zeitung, 08.07.2004.

<sup>98</sup> Allawi hat nach Ansicht vieler Kenner der Szene klar das Zeug zu einem autoritären Herrscher. Nachdem er zunächst Ahmed Chalabi und anschließend Brahimi bei der Bildung der Interimsregierung ausmanövriert habe, habe er nun die beste Ausgangsposition, um der „starken Mann“ der USA im Irak zu werden, so z.B. Michael Weinstein vom – u.a. auch für die US-Armee arbeitenden – Krisenforschungsinstitut *Power and Interest News Report* (PINR) Allawi hat demnach auch den Aufbau eines „General Security Directorate“ angekündigt, ein eigener Geheimdienst mit Polizeifunktionen, der wohl als Kern einer eigenen Machbasis dienen soll. „Iraq's Transition to Dictatorship“, PINR, 20.7.2004

[http://www.pinr.com/report.php?ac=view\\_report&report\\_id=186&language\\_id=1](http://www.pinr.com/report.php?ac=view_report&report_id=186&language_id=1)

<sup>99</sup> „The street speaks - Iraq's UN-backed government is made up of CIA pawns“, *The Independent*, 10.6.2004

<sup>100</sup> „Iraq: Full sovereignty after 30 June“ *Aljazeera*, 8.6.2004. Das ist auch die Ansicht der meisten Völkerrechtler (siehe z.B. das Berliner Hearing zum Iraktribunal vom 19. Juni 2004, [www.iraktribunal.de](http://www.iraktribunal.de)). Ausführlich behandelt dies Prof. Adam Roberts (a.a.O.) Eine Besatzung endet demnach mit dem Rückzug der Besatzungstruppen oder mit einem Stationierungsabkommen nach der freien Wahl einer repräsentativen und anerkannten Regierung (die selbstverständlich nicht mit einem breiten bewaffneten Widerstand konfrontiert sein dürfte).

sammlung.<sup>101</sup>

Die USA hatten ohnehin stets deutlich gemacht, dass ihnen der Zeitpunkt zu früh ist. Falls sie nicht generell mit dem Verweis auf die Sicherheitslage verschoben werden – Allawi hatte die Möglichkeit kurz nach Amtsantritt angedeutet – wird Washington alles daransetzen, durch eine strenge Auswahl der zugelassenen Parteien, einen den USA genehmen Ausgang zu garantieren.

Auch hier hatte Paul Bremer vorgesorgt: in seinen emsigen letzten Tagen unterzeichnete der US-Statthalter auch einen Erlass, der Angehörige „illegaler Milizen“ von allen öffentlichen Ämtern ausschließt. Da der Bann erst drei Jahre nach Verlassen der entsprechenden Organisation erlöschen soll, bleiben Besatzungsgegner, die in der Guerilla kämpften oder einer Miliz angehörten, auch dann ausgeschlossen, wenn sie sich zur Teilnahme am Übergangsprozess und zur Beschränkung auf eine zivile Politik entschließen würden. Praktisch alle irakischen Organisationen unterhalten Milizen und in vielen Orten wurden Milizen auch zum Selbstschutz der Bevölkerung gebildet. Die Angehörige der verbündeten Organisationen sind von der Regelung nicht betroffen, da deren Milizen in die US-geführten Sicherheitskräfte integriert und somit „legalisiert“ werden sollen.<sup>102</sup> Für Besatzungsgegner kommt ein solcher Weg selbstverständlich nicht in Frage.

Nach dem „Gesetz über politische Parteien und Organisationen“ (Order 97) können Parteien verboten werden, die zur „Gewalt aufrufen“, „Hass predigen“ oder den „Terrorismus“ unterstützen, bzw. im Verdacht stehen, von bewaffneten Organisationen oder Milizen finanziert zu werden. Die Entscheidung, ob einer dieser Ausschlussgründe vorliegt, liegt allein bei der noch von Bremer eingesetzten Wahlkommission, die Möglichkeit zur gerichtlichen Überprüfung von Vorwürfen gibt es nicht. Die USA halten damit sehr effektive Mittel gegen politisch unliebsame Kräfte in der Hand.

Die Widerstandsaktivitäten hatten natürlich auch vor und während der „Machtübergabe“ nicht nachgelassen – im Gegenteil: Unmittelbar nach Vorstellung der Hilfsregierung häuften sich Anschläge auf ihre Mitglieder und Mitte Juni gelang der bis daher effektivste Anschlag auf den Öllexport. Eine Serie von Explosionen unterbrach die zentrale Erdölpipeline im Süden für Wochen. Die Hauptpipeline im Norden, die von Kirkuk in die Türkei führt, war im Mai und Juni ohnehin durch regelmäßige Sabotage außer Betrieb gewesen, die Erdölexporte brachen daher nun völlig von 1,85 Millionen auf 200.000 Barrel pro Tag (bpd) zusammen. Das Vorkriegsniveau hatte bei

<sup>101</sup> „Deep divides halt key Iraq meeting“, *Christian Science Monitor*, 30.7.2004, [www.csmonitor.com/2004/0730/p06s01-woiq.html](http://www.csmonitor.com/2004/0730/p06s01-woiq.html)

<sup>102</sup> siehe Order 91 auf der CPA-Homepage: <http://www.iraqcoalition.org/regulations/>

2,8. Millionen bpd gelegen. Die gut geplante Attacke im an sich ruhigeren Süden, versetzte nicht nur die Besatzer in helle Aufregung: verknappte doch der fast vollständige Ausfall des irakischen Öls das für den steigenden Energiehunger der Weltwirtschaft ohnehin zu knappe Angebot auf dem Ölmarkt.<sup>103</sup>

Nach einer Umfrage der britischen Oxford Research International (ORI) wuchs die Zustimmung in der irakischen Bevölkerung zu Gewaltakten gegen die Besatzungstruppen von 17 Prozent im Februar auf derzeit 31 Prozent deutlich.<sup>104</sup> Die Zahl derer die Muktar al Sadr unterstützen, kletterte nach einer Umfrage der CPA (!) auf 67% und lag damit nur knapp hinter der 70-prozentigen Zustimmung zu Ayatollah al-Sistani. „Ministerpräsident“ Allawi erreichte selbst in der CPA-eigenen Hitliste nur 23 Prozent.<sup>105</sup>

### Restrukturierung der Besatzung

Ungeachtet aller politischen Bemühungen zur Schaffung einer passablen Fassade für ihre fortgesetzte Herrschaft über das ölfreiche Land und um mehr Akzeptanz in der Bevölkerung, bleiben für die USA auch in Zukunft hauptsächlich ihre militärischen Fähigkeiten entscheidend. Große Anstrengungen werden außerdem unternommen, zuverlässige irakische Hilfskräfte aufzubauen.

Wie die Ausbildung und die leichte Bewaffnung der neuen irakischen Truppen zeigen, ist nicht an den Aufbau einer echten irakischen Armee gedacht, die womöglich ihre Stärke für die Durchsetzung einer größeren Souveränität einsetzen könnte, sondern nur an Wachleute, Polizisten und einfache Fußsoldaten. Zusammen mit den privaten Söldner stehen sie nun an vorderster Linie bei der Sicherung wichtiger Zentren und sie sollen zusammen mit irakischen Polizisten, im Rahmen der „Irakisierung“ der Besatzung, in den Straßen die Autorität der Besatzungsmacht durchsetzen. Eingeborenentruppen werden auf diese Weise gegen den Rest der Bevölkerung in Stellung gebracht: als „menschliches irakisches Kanonenfutter“, so der *Toronto Star*, um die Zahl, der in Leichensäcken zurückkehrenden US-Soldaten zu minimieren. „Dies ist eine echte und erprobte Kolonialmethode.“<sup>106</sup>

Regiert wird das Land seit Juli aus der zur Festung ausgebauten Botschaft der USA im Zentrum Bagdads, die einen großen Teil der Aufgaben der Besatzungsbehörde übernimmt. Sie residiert in den Ge-

bäuden, die zuvor von der Besatzungsbehörde genutzt wurden, darunter auch dessen Hauptquartier, der Republikanische Palast. Insgesamt beanspruchen die USA auch nach der „Machtübergabe“ den größten Teil der für gewöhnliche Iraker gesperrten sogenannten „Grünen Zone“, ein über 10 Quadratkilometer großer, abgeriegelter und schwerbewachte Sicherheitsbereich in der Bagdader Innenstadt, rund um die ehemaligen Regierungs- und Parteigebäude. Paul Bremer hat nun ausgedient, und wurde vom alten Haudegen John Negroponte abgelöst. Der neue Botschafter verfügt allein in Bagdad über einen Stab von mehr als 1.700 Mitarbeitern.<sup>107</sup> Hinzu kommen vier über das Land verteilte Niederlassungen, in denen je hundert Amerikaner und 50 Iraker US-Interessen durchsetzen sollen. Die US-Behörde für Internationale Entwicklung (USAID) ist mit hundert Mitarbeitern in der „Botschaft“ vertreten.

Insgesamt bedeutet die Restrukturierung der US-eigenen Verwaltungsstrukturen im Irak eine Kräfteverschiebung innerhalb der US-Administration. Statt dem Pentagon wird nun das State Departement, dem die „Botschaft“ untersteht, federführend sein. Allerdings wurde die CPA als Amt für Wiederaufbau und Management in die schlecht getarnte neue Besatzungsbehörde eingegliedert. Sie untersteht wie bisher dem Pentagon und verwaltet weiterhin, die vom US-Kongress zur Verfügung gestellten 18,4 Milliarden US-Dollar. Negroponte darf aber nun, als Vertreter des State Departements, den Abschluss von Verträgen überwachen. Die Iraker hingegen haben hierauf so wenig Einfluss, wie auf die von USAID verwalteten drei Milliarden Dollar.<sup>108</sup>

### Geheimpolizei und Todesschwadron – der Beginn eines schmutzigen Krieges

Die Herrschaftsausübung via US-Botschaft ist eine Methode, die Lateinamerikanern bestens bekannt ist, aber auch in Südostasien erprobt wurde. Negroponte bringt dafür sicher die besten Erfahrungen mit. Er war in den 80er Jahren als Botschafter in Honduras und hat nicht nur im Gastland mitregiert, sondern auch maßgeblich die gegen das Nachbarland gerichteten paramilitärische Banden, die sogenannten „Contras“, mitaufgebaut, die mit terroristischen Mitteln Krieg gegen die fortschrittliche Regierung in Nicaragua führten. Seine ersten Sporen verdiente sich Negroponte aber bereits von 1964 bis 1973 in führenden politischen Positionen in Vietnam.

Vorangetrieben wurde seit Herbst 2003 auch der Aufbau paramilitärischer Einheiten und einer neuen Geheimpolizei. Der CIA, die selbst in Bagdad ihre Zentrale zur größten Auslandszentrale weltweit ausgebaut hat, wurde für 2004 dafür ein Budget von drei

<sup>103</sup> „Iraq: Sabotage Strains World Oil Supply“, *Stratfor*, 16.6.2004 sowie *Stratfors* „Geopolitical Diary“ vom 17.6.2004

<sup>104</sup> *junge Welt*, 30.06.2004, Oxford Research International, Results from Iraq Surveys,

<http://www.oxfordresearch.com/publications.html>

<sup>105</sup> Juan Cole,

[http://www.juancole.com/2004\\_06\\_01\\_juancole\\_archive.html#108736144801952076](http://www.juancole.com/2004_06_01_juancole_archive.html#108736144801952076)

<sup>106</sup> „What Iraq will get isn't self-rule“, *Toronto Star*, 16.11.2003

<sup>107</sup> „U.S. Advisers to Stay in Iraq After June 30“, *New York Times*, 20.5.2004

<sup>108</sup> „Saddams Nachmieter“, *Frankfurter Rundschau*, 29.6.2004

Mrd. US-Dollar zur Verfügung gestellt. Die Ränge dieser Einheiten füllen zum einen Angehörige irakischer Exilgruppen und kurdische Peshmergas, zum anderen aber auch übergelaufene Mitglieder des früheren irakischen Geheimdienstes *Mukhabarat*.<sup>109</sup>

„Die Bildung einer gut funktionierenden Geheimpolizei, die in Wirklichkeit eine Abteilung der CIA darstellt, ist Teil einer allgemeinen Transformationsstrategie,“ so der US-amerikanische Geheimdienstexperte John Pike von der *Global Security Organisation*. Wer die Geheimpolizei eines Landes kontrolliere, könne sicher sein, dass sich das neue irakische Regime nicht weit von den vorgegebenen Parametern entferne.<sup>110</sup>

Kapuzen tragende Milizionäre begleiten seither US-Soldaten häufig bei Razzien und Vergeltungsschlägen.<sup>111</sup> Auf ihren Informationen beruht oft auch die Wahl der Opfer dieser Operationen. Ähnlich vermummte Männer haben auch bereits – völlig unbehelligt durch die Besatzungsmächte – Hunderte ehemalige Mitglieder der einstigen Regierungspartei, frühere Amtsträger, kritische Intellektuelle und sonstige politische Gegner ermordet.<sup>112</sup>

Die Eskalation eines verdeckten, schmutzigen Krieges wurde von Präsident Bush unmittelbar autorisiert. In enger Zusammenarbeit zwischen der israelischen und der US-Armee wurden auch Teams für die gezielte Exekution gegnerischer Führer ausgebildet. Nach Informationen des *Guardian* operieren diese Spezialeinheiten bereits in Syrien und versuchen dort „ausländische Jihadisten“ zu töten, bevor sie die Grenze übertreten.<sup>113</sup>

Diese Spezialeinheiten zur Menschenjagd wurden unter dem Namen „Task Force 121“ zusammengefasst. Angesichts der Schwierigkeiten, den irakischen Widerstand in den Griff zu bekommen, müsse, so ein Berater der Besatzungsbehörde, zu „unkonventionellen Mitteln“ gegriffen und Gleiches mit Gleichem bekämpft werden: „Guerilla mit Guerillamethoden. Terrorismus mit Terrorismus“. Man müsse die Iraker „durch Schrecken zur Unterwerfung zwingen.“<sup>114</sup>

Ehemalige CIA-Beamte vergleichen dieses Vorhaben mit dem Programm „Phoenix“ in Vietnam bei dem zwischen 1968 und 1972 über vierzigtausend Vietnamesen entführt oder getötet wurden, die ver-

dächtigt wurden, dem Vietcong anzugehören oder mit ihm zu sympathisieren.<sup>115</sup>

US-Offiziere reisten bereits vor dem Krieg nach Israel um „Antiterroroperationen in städtischen Gebieten“ zu studieren, unter anderem auch den Überfall auf das Flüchtlingslager in Jenin ein Jahr zuvor. In einem Nachbau einer Palästinenser-Stadt in der Negev-Wüste trainierten US-Spezialeinheiten schließlich urbane Kriegsführung.<sup>116</sup> Von der Zerstörung der Häuser von Verdächtigen und deren Familienangehörigen bis zu Luftangriffen auf Wohnungen zur gezielten Liquidierung mutmaßlicher Guerillaführer ähnelt daher auch vieles im Irak dem Vorgehen der israelischen Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten.

### **Gefährliche Verbindung: Israels Agenda und der kurdische Separatismus**

Die enge Zusammenarbeit der USA mit Israel geschieht fast im geheimen. Israel erscheint nicht auf der Liste der „Koalition der Willigen“, obwohl die israelische Regierung den Krieg vehement gefördert und schon an seiner Vorbereitung aktiv beteiligt war. Israel unterstützte die US-Armee mit Waffen und Gerät und ist aktuell im Irak sowohl mit Militärberatern als auch Geheimdienstoffizieren und Verhörspezialisten aktiv.<sup>117</sup>

Für die reaktionären Hardliner um Scharon sollte die Eroberung des Landes zwischen Euphrat und Tigris den Ausgangspunkt für eine weitgehende politische und militärische Neutralisierung der Nachbarländer, insbesondere Iran und Syrien bilden. Könnten diese zur Aufgabe jeglicher Unterstützung für die Palästinenser gezwungen werden, so das Kalkül Scharons, dann hätten sie freie Hand bei der militärischen Niederwerfung des palästinensischen Widerstands im Gaza-Streifen und der Westbank.<sup>118</sup>

Die israelische Regierung sieht nun aber mit Verärgerung das Erstarken religiöser und nationaler Kräfte im Irak. Die mit dem „Übergangsprozess“ gemachten Zugeständnisse gehen ihr schon zu weit. Zudem stört sie der ihrer Meinung nach zu starke Einfluss des Irans im Irak. Ihre Interessen decken sich dabei weitgehend mit denen der beiden kurdischen Parteien PUK und KDP, die ebenfalls sehr verärgert sind,

<sup>109</sup> „CIA plans new secret police to fight Iraq terrorism“, *Daily Telegraph*, 4.1.2003, sowie Robert Dreyfuss, „Phoenix Rising“, *The American Prospect*, January 1, 2004.

<sup>110</sup> CIA plans new secret police..., a.a.O.

<sup>111</sup> Robert Fisk, „Phantom insurgents pay a deadly price for Iraq's liberation“, *The Independent*, 21.12.2003

<sup>112</sup> Robert Fisk, „Hooded Men Executing Saddam Officials“, *The Independent*, 28.12.2003 und Walter Sommerfeld, „Land im Umbruch – Der Irak ein Jahr nach dem Krieg“, a.a.O.

<sup>113</sup> „Israel trains US assassination squads in Iraq“, *The Guardian*, 9.12.2003

<sup>114</sup> Seymour M. Hersh, „Moving Targets – Will the counter-insurgency plan in Iraq repeat the mistakes of Vietnam?“, *The New Yorker*, December 8, 2003

<sup>115</sup> ebd.

<sup>116</sup> ebd.

<sup>117</sup> Hersh a.a.O., siehe auch „Israel quietly helps US in Iraq“, Reuters/Jordan Times, 12.12.2003, zu israelischen Verhörexper-ten „US-Besatzer folterten auch Kinder“, *Neues Deutschland*, 06.07.04

<sup>118</sup> siehe hierzu das Strategiepapier „A Clean Break: A New Strategy for Securing the Realm“, das von „Neokonservativen“ Autoren, wie Richard Perle, David Wurmser, Douglas Feith und anderen 1996 für den damaligen Premierminister Benjamin Netanyahu verfasst wurde, <http://www.israeleconomy.org/strat1.htm>, sowie Claudia Haydt, „Syrien im Fadenkreuz“, *AUSDRUCK*, Februar 2004, <http://www.imi-online.de//2002.php3?id=795>

weil aus Rücksicht auf den schiitischen Klerus der Föderalismus und die weitgehende kurdische Unabhängigkeit in der UN-Resolution vom Juni weder direkt, noch indirekt über die Bestätigung der Übergangsverfassung, festgeschrieben wurde. Israel arbeitet seit den 70er Jahren eng mit den beiden Parteien zusammen und hat beschlossen, die militärische Unterstützung für sie auszubauen. Israelische Experten trainieren nun kurdischen Einheiten, berichtete Seymour Hersh im *New Yorker* und verschaffen so auch ihrer eigenen Armee „Augen und Ohren“ im Irak, sowie in den angrenzenden Staaten Syrien und Iran. Hauptziel Israels bei dem Einsatz sei es, die kurdischen Milizen, deren personelle Stärke auf bis zu 75.000 Mann geschätzt wird, militärisch zu stärken und damit ein Gegengewicht zu den schiitischen Milizen im Irak zu schaffen, so ein israelischer Geheimdienstoffizier zu Hersh. Nach Israels Einschätzung werde es der Bush-Regierung „nicht gelingen, im Irak Stabilität oder Demokratie zu schaffen, so dass Israel andere Optionen brauche“<sup>119</sup> – er nannte es Israels „Plan B“.

Dadurch und durch die Bestrebungen der Kurdenparteien, ihre Herrschaftsbereiche – gegen den entschiedenen Widerstand der turkmenischen und arabischen Bevölkerung – auf die von ihnen als kurdisch definierten Ölregionen Mossul und Kirkuk auszuweiten, wächst die Gefahr bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen kurdischen und national orientierten irakischen Kräften: Je stärker der Widerstand gegen die Besetzung, desto größer die Wahrscheinlichkeit eines offenen Krieges.<sup>120</sup>

## Die irakische Gegenwehr

Trotz allem stellen sich auch in den einst kriegskritischen Ländern die meisten Politiker und Medien hinter die Besatzungspolitik der USA. Nur die Besatzungstruppen würden einen drohenden Bürgerkrieg verhindern, so die gängigen Verlautbarungen. Doch ist es im Gegenteil die Politik der USA, die massiv Iraker gegen Iraker in Stellung bringt. Auseinandersetzungen der Besatzungsgegner mit kollaborierenden Kräften, können Züge eines Bürgerkrieges annehmen. Souveränität und Demokratie ist im Irak nicht in Sicht, im Entstehen ist stattdessen eine US-hörige koloniale Diktatur.<sup>121</sup>

Auf internationale Ebene wird den US-Plänen kaum etwas entgegengesetzt, wirksame Gegenwehr kommt bisher nur aus dem Irak selbst. Hier hat sich

in verhältnismäßig kurzer Zeit ein sehr breiter und vielfältiger Widerstand entwickelt, der in dieser Vielfalt im Westen nicht wahrgenommen wird. Orientiert auf spektakuläre Ereignisse, wird in den Medien nur über Aufsehen erregende bewaffnete Aktionen berichtet und auch hier vorwiegend über die Anschläge, die das Bild zielloser, rücksichtsloser Gewalt stützen. Dabei ist das politische Leben äußerst rege, zahlreiche unabhängige Organisationen sind entstanden, wie z.B. die Gewerkschaft der arbeitslosen Arbeiter, die Organisation für die Freiheit der Frauen oder das Komitee für die Bildung von Arbeiterräten und Gewerkschaften, die ihre zunehmend radikalere Opposition zur Besetzung durch vielfältige politische Aktionen ausdrücken.

Einer der vielversprechendsten Ansätze, die unterschiedlichen Kräfte in breiten Bündnissen zusammenzufassen, ist die Bewegung für eine „Nationale Versammlung für einen unabhängigen und vereinten Irak“, die nach Ansicht Hana Ibrahim vom *Occupation Watch Center* in Bagdad auch sehr deutlich die angebliche Alternative zwischen Fortdauer der Besetzung und Rückkehr zur Diktatur zurückweist.<sup>122</sup> Vertreter von etwa 50 Organisationen beteiligten sich auf mehreren Vorbereitungstreffen an den Diskussionen über die Gestalt eines zukünftigen Iraks und den Weg dahin. Vertreten waren religiöse Organisationen aller Konfessionen, säkulare, nationale und linke Gruppierungen, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten und Universitätsprofessoren, führende Persönlichkeiten aus Falluja und anderen Städten mit einer starken Opposition gegen die Besetzung, sowie Personen, die Ayatollah al-Sistanis bzw. Moktadar Al Sadr nahe stehen. Im Zentrum aller Treffen stand der Appell an die Einheit aller Iraker.

Auf einem Gründungskongress der Bewegung, der mit etwa 500 Teilnehmer am 8. Mai 2004 in Bagdad stattfand, wurde eine Plattform erarbeitet und ein 16-köpfiger Ausschuss gewählt. Der Kongress sprach sich strikt gegen jegliche Unterstützung von Institutionen, die von der Besatzungsmacht geschaffen wurden aus. Dazu gehört auch die Nationalversammlung, die noch im Sommer unter US-Aufsicht zusammengestellt wurde und die Interimsregierung beraten soll.<sup>123</sup>

Dagegen sollen eigene politische Strukturen aufgebaut werden, um den Irak zu befreien – mit allen legitimen Mitteln.

Der Kongress lehnt bewaffneten Widerstand nicht ab, da er das natürliche Recht eines jeden Volkes sei,

<sup>119</sup> Seymour M. Hersh, „Plan B – As June 30th approaches, Israel looks to the Kurds“, *New Yorker*, 21.6.2004

<sup>120</sup> Dilip Hiro, „The Sarajevo of Iraq – Worsening Kurdish-Arab Friction Threatens the Region“, *Tom Dispatch/Z Net*, 22.7.2004, [http://www.zmag.org/content/print\\_article.cfm?itemID=5923&sectionID=15](http://www.zmag.org/content/print_article.cfm?itemID=5923&sectionID=15)

<sup>121</sup> Siehe J. Guilliard, „Die Wiederkehr von Phoenix: – Kolonialisierung und Aufstandsbekämpfung im Irak“, *AUSDRUCK*, April 2004

<sup>122</sup> Hana Ibrahim, „The National Conference for an Independent and Unified Iraq“, *Occupation Watch*

<http://www.occupationwatch.org/article.php?id=3534>

<sup>123</sup> Siehe „Iraqi scholars plan US opposition“, *BBC* 8.5.2004, „Iraq’s Shiites, Sunnis Form Anti-Occupation Body“, *Islam Online*, 8.5.2004 und das „Final Statement of the Iraqi Foundational National Conference“,

[http://www.nodo50.org/csca/agenda2004/iraq/al-basrah\\_14-05-04.html](http://www.nodo50.org/csca/agenda2004/iraq/al-basrah_14-05-04.html)

will aber friedliche Mittel bevorzugen. „Der Fokus der Medien auf Gewalt und die gewöhnlich positive Berichterstattung über die Anstrengungen von Iyad Allawis neuer Regierung den ‚Aufstand niederzuwerfen‘, hat den falschen Eindruck geschaffen, dass die Opposition nur Gewalt anwenden würde und all die, die den Frieden fördern wollen, die Interimsregierung und damit die Besatzung unterstützen würden,“ so Scheich Jawad al-Khalisi, der zum Generalsekretär der Bewegung gewählt wurde.<sup>124</sup> Es würde nicht unterschieden „zwischen Widerstand und Terrorismus oder zwischen der gegen die Besatzung eingestellten Zivilgesellschaft und jenen die Gewalt anwenden, ergänzte der Sprecher des Kongresses, ein aus dem britischen Exil zurückgekehrter Wissenschaftler. „Sie bezeichnen uns alle zusammen als Saddams Überreste, Reaktionäre, Rachesuchende, Söldner, Irregeleitete oder Ausländer.“<sup>125</sup>

Tatsächlich bestimmt noch immer die Propaganda der USA und der mit ihnen verbündeten irakischen Organisationen maßgeblich das Bild vom irakischen Widerstand. Die Rede ist von „Überresten des alten Regimes“, „islamistischen Fanatikern“, seit April 2004 auch von islamistischen Milizen; von hasserfüllten Aufständischen ohne politisches Programm, die nur Chaos verbreiten und sich gegen die „Demokratisierung“ und „Modernisierung“ ihres Landes stemmen.

Doch auch der bewaffnete Widerstand ist weder geprägt von „Gotteskriegerern“, die für einen islamischen Staat kämpfen, noch von Saddam-Anhängern, die die alten Verhältnisse wieder herstellen wollen. Sicherlich spielen der Islam und die Moscheen, sowie das Bestreben dem Islam einen größeren Einfluss in der Gesellschaft zu verschaffen für viele Gruppierungen eine wichtige Rolle. Der Einfluss islamischer Kräfte, die nach dem Wegfall der alten staatlichen Institutionen teilweise das Vakuum füllten, ist beträchtlich, ihren Milizen, wie der „Mahdi-Armee“ Al Sadrs wird auch vorgeworfen, immer wieder gewaltsam gegen „Unislamisches“, wie Alkoholausschank, Kinos, etc. vorzugehen. Es gibt aber keine nennenswerten Kräfte, die eine Herrschaft der Ayatollahs anstreben.<sup>126</sup> Die Bedeutung der Religion

---

<sup>124</sup> Der Großvater al-Khalisis war ein Führer der schiitischen Widerstandsbewegung gegen die Briten vor 80 Jahren. Er selbst organisierte zusammen mit dem sunnitischen Führer Scheich Abdul Salam al-Kubeisi Organisations gemeinsame schiitisch-sunnitischen Demonstrationen gegen die Besatzung. („The Ends of Occupation“ PULP 6.10.04, [http://www.pittsburghpulp.com/content/2004/04\\_08/news\\_cover\\_story.shtml](http://www.pittsburghpulp.com/content/2004/04_08/news_cover_story.shtml))

<sup>125</sup> „The Iraqi Leader Seeking a Peaceful Path to Liberation“, *The Guardian*, 16.7.2004.

<sup>126</sup> Die Rolle, die Führer wie Al-Sistani für den Klerus anstreben, vergleicht Juan Cole mit dem der katholischen Kirche in Ländern wie Irland vor ein paar Jahrzehnten, wo es zwar ein Parlament und eine rein weltliche Herrschaft gibt, aber kaum wichtige Gesetze verabschiedet werden konnten, die der Kirchenführung

wird ohnehin oft übertrieben: „Viele Guerillas sind auf die gleiche Art vom Islam beeinflusst wie die US-amerikanischen Soldaten von der Religion, die ebenfalls dazu neigen im Krieg mehr zu beten“ meint z.B. der US-amerikanische Nahostexperte Anthony Cordesman.<sup>127</sup>

Die Besatzungsbehörde hat mit ihrem „De-Baathisierungs“-Programm propagandistisch geschickt an die „Entnazifizierung“ im Nachkriegsdeutschland angeknüpft. Allein schon ihre Mitgliedschaft soll die Mitglieder der Baath-Partei – und damit auch den Widerstand, in dem sie aktiv sind – diskreditieren. Die Baath hat aber weder ideologisch noch organisatorisch Ähnlichkeiten mit dem deutschen Faschismus. Sie war nie völkisch oder chauvinistisch, sondern auf nationale Unabhängigkeit und einen gemäßigten, sogenannten „arabischen“ Sozialismus orientiert. Sie war daher auch lange Zeit Mitglied der sozialdemokratischen „Sozialistischen Internationalen“. Saddams Herrschaft stützte sich auch nicht, wie die Hitlers, auf einen großen Parteikader und einen weiten loyalen Führungszirkel der Partei, sondern auf eine Clique, die verwandtschaftlich mit ihm verbunden war und zunehmend auf Stammesführer und Clanchefs, die er durch diverse Zugeständnisse auf seine Seite ziehen konnte.<sup>128</sup>

In dem Maße, wie im April die Kämpfe in Falluja, Najaf und den vielen anderen Städten ein völlig anderes Bild vom Widerstand und seinem Rückhalt in der Bevölkerung vermittelten, wurde trotz offizieller Propaganda zunehmend auch in der westlichen Öffentlichkeit anerkannt, dass im Irak eine klassische Widerstandsbewegung entstanden ist.

So stellte beispielsweise der britische *Guardian* fest, dass es dem Widerstand ganz offensichtlich gelungen ist, einen erfolgreichen Guerillakrieg gegen die Besatzungstruppen zu entfalten, der sich auf breite Unterstützung der Bevölkerung stützen kann. Es würde auch immer deutlicher, dass das Vorgehen der Guerilla im Irak weitgehend mit den Taktiken anderer Befreiungsbewegungen der jüngeren Geschichte übereinstimmt: die hauptsächlichen Ziele sind die Besatzer selbst, sowie die einheimischen Polizisten und Soldaten, die für sie arbeiten. Wo dies nicht der Fall war, beispielsweise bei solchen Gräueltaten gegen Zivilisten, wie der Bombenanschlag in Kerbala im März 2004, würden sie einer, angeblich zu Al Qaida gehörigen Gruppe um den Jordanier Abu Musab Al-Zarqawi zugeschrieben, dessen wahre Rolle

---

im Land missfielen. („UN Resolution Passes Unanimously -- Sistani the Big Winner; Kurds Furious“,

[http://www.juancole.com/2004\\_06\\_01\\_juancole\\_archive.html#108676099298442267](http://www.juancole.com/2004_06_01_juancole_archive.html#108676099298442267)

<sup>127</sup> „Iraq Insurgency Larger Than Thought“, *The Guardian*, 8.7.2004

<sup>128</sup> siehe Carl Conetta, a.a.O.

Gegenstand vieler Spekulationen unter Irakern sei.<sup>129</sup>

Die US-Kommandeure vor Ort hatten stets die Anwesenheit einer größeren Zahl ausländischer Kämpfer bestritten. Sie sehen sich vielmehr damit konfrontiert, das die „aufständischen Kräfte Legionen von nationalistischen Teilzeit-Rekruten aufnehmen konnten, die wütend über die anhaltende Besetzung und den wachsende Tribut der Zivilbevölkerung sind,“ so Generalleutnant Thomas Metz gegenüber der *Los Angeles Times*. „Wir reden hier von Leuten, die genauso wie die Minutemen [*Freiwillige im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, J.G.*] sind“, erläuterte Bruce Hoffman dem Blatt, „Terrorismusexperte“ und Berater der Besatzungstruppen. „Sie nehmen ihre Waffen und schließen sich dem Kampf an und gehen anschließend zurück in ihre Häuser und Farmen.“ Die Charakteristik des Widerstands entspricht seiner Ansicht nach der von früheren Befreiungsbewegungen in Vietnam und anderswo.<sup>130</sup>

Dessen ungeachtet ist der militärische Widerstand nach wie vor äußerst diffus. Seine genaue Zusammensetzung, die gesellschaftliche Basis, Ideologie und die Breite der Unterstützung der verschiedenen Organisationen, ist von außen kaum einschätzbar. In den meisten Verlautbarungen und Äußerungen führender Mitglieder bleiben die politischen Ziele für die Zeit nach der Besetzung eher vage, enthalten in der Regel aber Bekenntnisse zu Demokratie, Pluralismus und der Anerkennung von Menschen- und Minderheitenrechten.<sup>131</sup>

Recht detaillierte Vorschläge, für den politischen Übergangsprozess nach Abzug der Invasoren, enthält ein Kommuniqué des „Vereinigten Nationalen Rates des Irakischen Widerstandes“ (UNCIR) vom 21. April 2004, dem nach eigener Darstellung „Kämpfer der Baath-Partei“, ehemalige Angehörige von Armee und Sicherheitsdiensten, sowie „Zehntausende irakischer Patrioten“ angehören und dem sich auch die „edlen Scheichs der Stämme, die religiösen Mujaheddin und zahllose islamische Kräfte“ angeschlossen hätten.<sup>132</sup> Das Programm sieht laut Kommuniqué nach Abzug der Besatzer eine zweijährige „Übergangsregierung der Nationalen Einheit“ vor. Diese hätte u.a. die Aufgabe die „staatlichen Verwaltungsstrukturen und ihre lebensnotwendigen Dienstleis-

tungen“ wiederherzustellen und innerhalb von zwei Jahren Wahlen für einen „neuen Nationalrat“ durchführen – unter „Aufsicht der Arabischen Liga, internationaler Beobachter und angesehener internationaler Organisation, die mit demokratischen Prozessen vertraut sind.“ Eine neue Verfassung soll erarbeitet und der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden. Die politischen Freiheiten sollen auf Basis eines besonderen Gesetzes „zur Gewährleistung der Freiheit der Gründung von Parteien, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, der Freiheit der Herausgabe von Zeitungen und der Herstellung der Pressefreiheit unter Berücksichtigung patriotischer Kriterien“ und zur „Durchsetzung des Rechtsstaates“ garantiert werden. Vorgesehen ist auch die Schaffung eines „Hohen Rates für Menschenrechte“ und ein „Autonomiegesetz für Irakisch-Kurdistan.“

Inwieweit es diesem Vereinigten Nationalen Rat, einem der großen Widerstandsbündnisse, gelingen wird, sich mit den anderen Strömungen des Widerstands und zivilen Organisationen auf ein gemeinsames Programm zu einigen, bleibt abzuwarten – die Charakterisierung eines Teils der Kämpfer als „Helden des nationalen Sicherheitsapparates“ dürfte dabei wenig hilfreich sein.<sup>133</sup>

Neben Vorbehalten wegen seiner Zusammensetzung, stößt der Widerstand im Westen vor allem aufgrund der Rücksichtslosigkeit vieler Aktionen, denen immer wieder viele Unbeteiligte zum Opfer fallen, sowie terroristischer Bombenanschläge auf Menschenmengen, die der Bewegung als ganzes angelastet werden, auf breite Ablehnung.

Völkerrechtler, wie Norman Paech weisen daraufhin, dass bewaffneter Widerstand gegen die Besetzung durchaus legitim ist, sich aber auch dieser an die Gesetze des humanitären Völkerrechts zu halten hat.<sup>134</sup>

Vertreter der Antikriegsbewegung erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass letztlich die Besetzung Ursache all der Gewalt ist und daher die Invasoren in erster Linie dafür die Verantwortung tragen. Die Antikriegsbewegung schulde dem irakischen Widerstand viel, schrieb beispielsweise der philippinische Soziologe und Träger des alternativen Nobelpreises Walden Bello, da durch ihn viele aggressive Pläne der USA gegenüber anderen Ländern gestoppt oder verzögert wurden. „Sein Gesicht jedoch ist nicht hübsch und viele fortschrittliche Bewegungen in den USA und dem Westen zögern, ihn als Alliierten zu akzeptieren.“ Diese Skrupel sind für ihn ein Haupthindernis beim Aufbau einer dauerhaften Friedensbewegung in

<sup>129</sup> „The resistance campaign is Iraq's real war of liberation ...“ *The Guardian*; 1.7.2004; Zur Rolle Zarqawis und die Spekulation über „False Flag“-Terrorismus siehe Michel Chossudovsky, „Pentagon's new „Terrorist Mastermind“ – Who is Abu Musab Al-Zarqawi?“, *Globalresearch*, 11.6.2004; <http://globalresearch.ca/articles/CHO405B.html>

<sup>130</sup> „Iraq Insurgency Showing Signs of Momentum“, *Los Angeles Times* 26.6.2004

<sup>131</sup> Berichte von Widerstandsgruppen und Infos aus ihnen nahestehende Quellen werden von *The Free Arab Voice* zusammengestellt. <http://www.freearabvoice.org/>. Eine Auswahl auf deutsch, gibt: <http://widerstandsreport.sedunia.org>

<sup>132</sup> „Politisches Kommuniqué des irakischen Widerstands“ v. 21.4.2004, <http://www.aikor.de/info/04070702.pdf>

<sup>133</sup> ebd.

<sup>134</sup> Interview der *jungen Welt* mit Norman Paech v. 20.04.2004; Da auch nach Amtsantritt der Interimsregierung die Besetzung nicht endete, besteht das Recht auf Widerstand fort, wie auch die Experten auf dem Hearing zum internationalen Tribunal über den Irakkrieg am 19.6.2004 in Berlin übereinstimmend feststellten, siehe [www.iraktribunal.de](http://www.iraktribunal.de)

den USA und den anderen westlichen Staaten.

„Aber es hat nie eine hübsche Befreiungsbewegung gegeben,“ so der Direktor von *Focus on the Global South* weiter und viele westliche Progressive wandten sich daher früher schon gegen die antikolonialen Bewegungen in Afrika, die FLN in Algerien, die NLF in Vietnam etc.. „Doch die Widerstandsbewegung verlangt keine politische oder ideologische Unterstützung. Alles was sie sucht, ist internationaler Druck für den Rückzug einer unrechtmäßigen Besatzungsmacht, damit interne Kräfte den Raum bekommen, eine wirklich nationale Regierung formen zu können. Auf Basis dieses begrenzten Programms können sich sicherlich Progressive in aller Welt und der irakische Widerstand verbünden.“<sup>135</sup>

Auch die indische Schriftstellerin Arundhati Roy hat in ihrer vielbeachteten Rede auf dem Weltsozialforum in Mumbai auf die Bedeutung hingewiesen, die dem Geschehen im Irak zukommt und dazu aufgerufen, weniger darauf zu achten, wer wie im Irak kämpft, sondern selbst zu einem gewaltfreien globalen Widerstand gegen die Besatzung beizutragen.<sup>136</sup>

## „Mission impossible“ – unerfüllbarer Auftrag?

Militärisch kann die USA nicht zum Rückzug gezwungen werden und den US-Truppen wiederum wird es auch mit Hilfe irakischer Kollaborateure nicht gelingen den Widerstand auszuschalten. Die Frage, wie stark sich eine internationale Bewegung gegen die fortgesetzte Besatzung engagiert und wie gut es gelingt, die USA weiter zu isolieren, hat daher durchaus eine große Bedeutung, verstärkt sie doch den Unmut in den USA und den verbündeten Ländern, der ohnehin Monat für Monat wächst.

So blieb die mit viel Propagandaaufwand zelebrierte „Machtübergabe“ überschattet von den anhaltenden Kämpfen der Besatzungstruppen gegen Städte, die nach wie vor von Besatzungsgegnern kontrolliert wurden. Noch größere Imageschäden verursachten die ständig neuen Fotos und Enthüllungen über die Folterpraktiken in den US-geführten Gefängnissen im Irak – für die USA ein Public Relation Disaster ohnegleichen. Eine Politik, die es mit Hilfe professioneller PR-Firmen und ihrem Netz von NGOs verstanden hatte, die Kriegsnachrichten weitgehend in ihrem Sinne zu moderieren, war mit den Fotos aus Abu Ghraib völlig außer Tritt geraten. Im Irak selbst waren die Vorwürfe seit langem bekannt, dennoch heizten die Bilder die anti-amerikanische Stimmung weiter an.

<sup>135</sup> Walden Bello, „Falluja and the Forging of the New Iraq“, *Focus on the Global South*, 18.4.2004, <http://www.focusweb.org/peace/html/Article240.html>

<sup>136</sup> Arundhati Roy, „Feiertagsproteste stoppen keine Kriege“, Rede auf dem 4. Weltsozialforum in Mumbai am 20. 1. 2004 <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Globalisierung/roy2.html>

Die Auseinandersetzungen um die Kontrolle von Falluja, Najaf, Kufa und anderen Städten, machten zudem deutlich, dass die USA ihre überragenden militärischen Mittel nicht konsequent einsetzen können, ohne ihren politischen Zielen und ihren Verbündeten im Irak noch mehr zu schaden. Die anvisierte Übertragung unpopulärer Aktionen an irakische Sicherheitskräften scheitert immer noch an deren mangelnder Stärke und Zuverlässigkeit. Um weniger Angriffsfläche zu bieten und die eigenen Verluste zu verringern, haben sich die US-Truppen vielerorts in ihre Stützpunkte zurückgezogen und rücken nur noch zu gezielten Operationen aus. Über weite Teile des Landes, besonders um Bagdad, haben sie daher kaum noch Kontrolle.<sup>137</sup>

Die einzige Trumpfkarte, die der USA verbleibt, ist die Unterstützung, die sie immer wieder auf internationaler Ebene erhält. Durch die Installation einer durch die UNO legitimierten Regierung können sie ihre Entscheidung als den Willen irakischer Autoritäten hinstellen. Der irakische Widerstand hingegen wird im Westen mehr denn je als Terrorismus diskreditiert werden und kann kaum auf internationale Unterstützung hoffen. Falls es Washington aber nun mit dem „Übergangsprozess“ nicht gelingt, die Situation in den Griff zu bekommen, bleiben kaum weitere Optionen, ein „Plan D“ ist nicht Sicht. „Dies ist Washingtons letzte Chance“ meint auch die *International Crisis Group*, die ihr Memorandum zum Thema mit „Iraks Transformation: Auf Messers Schneide“ überschrieb. Die US-Regierung habe durch ihre, gegenüber den irakischen Verhältnissen blind und rücksichtslose Politik, die anfänglichen Spielräume auf einen schmalen Grad eingeeengt.

Auch in den großen bürgerlichen Medien herrscht trotz der weithin begrüßten Resolution 1546 der Pessimismus vor: „Nach 'Auftrag erfüllt' vom 1. Mai 2003“, schrieb Lothar Rühl in der Frankfurter Allgemeinen mit Verweis auf Vietnam, „droht ab 1. Juli 2004 ‚mission impossible‘ – unerfüllbarer Auftrag.“<sup>138</sup>

<sup>137</sup> R. Fisk, „The government rules only in the capital“ a.a.O.

<sup>138</sup> „Bald ein unerfüllbarer Auftrag? – Die aktuelle Lage im Irak vor dem Horizont von Vietnam“, FAZ, 11.6.2004



Herausgeber der IMI-Studie 2004/03 „Irak im Treibsand“ ist die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Die Studie spiegelt nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72074 Tübingen Tübingen, August 2004